

# VEREIN AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin

## Mitgliederrundbrief Nr. 44

November 2000



Foto: Jürgen Henschel

### THESENANSCHLAG

am Bauzaun auf dem Gelände der *Topographie des Terrors*

13. September 2000

Geschäfts- und Dokumentationsstelle: Chausseestraße 8, 10115 Berlin

Telefon und FAX 030/2815198

<http://www.aktives-museum.de>

e-mail: [info@aktives-museum.de](mailto:info@aktives-museum.de)

Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

## INHALTSVERZEICHNIS

Symbolischer Thesenanschlag, 13. September 2000	S. 5
Exil Shanghai 1938–1947 – Buchvorstellung, 26. Oktober 2000	S. 10
Jola Merten: Zuflucht China, Berliner Morgenpost 2.Oktober.2000	S. 12
Martin Schönfeld: Die Wohnorte der Berliner Shanghai-Flüchtlinge	S. 13
Romani Rose: Zur Eröffnung der Ausstellung <i>Haymatloz</i> in Heidelberg	S. 19
Ein Zeichen der Toleranz und der Humanität, Rhein-Neckar-Zeitung, 19.10.2000	S. 22
Regine Erichsen: <i>Haymatloz</i> – Exil in der Türkei von 1933-1945, Rezension	S. 23
Mirjam Schmidt: Antwort auf Regine Erichsens Rezension der <i>Haymatloz</i> -Ausstellung	S. 25
Martin Schönfeld: Der Streit um Namen – nun auch in Frankfurt/Main: Disput um Margarete Schütte-Lihotzky	S. 26
Christine Fischer-Defoy: Die Nazizeit im Leichenschauhaus	S. 29
Annette Leo: Rezension – Regina Scheer 'Es gingen Wasser wild über unsere Seele'	S. 30
Zeitzeugen des Naziterrors gesucht – Reinickendorf	S. 31
Ernst Thälmann – Vorankündigung	S. 31
Ein Gedenkzeichen für Erich Nelhans – Einladung zu einer Podiumsdiskussion	S. 32

**Redaktion:** Martin Schönfeld

## Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

allen jüdischen Mitgliedern, Freundinnen und Freunden wünschen wir von Herzen ein gutes Jahr 5761.

Wieder einmal liegen sechs arbeitsreiche Monate hinter uns:

Am 24. Mai wurde in der Viadrina Europa-Universität Frankfurt/Oder die Ausstellung *Haymatloz – Exil in der Türkei 1933-1945* eröffnet. In einer Feierstunde sprachen die Rektorin der Universität, Gesine Schwan, der Ehrenpräsident der Akademie der Künste Berlin-Brandenburg, Walter Jens, und die Vorsitzende des Vereins Aktives Museum, Christine Fischer-Defoy.

Im Juni und Juli wurde in Zusammenarbeit mit dem Kunstamt Schöneberg der zweite Teil der Ausstellung *Exil – Flucht und Vertreibung aus dem Bayerischen Viertel* auf dem Bayerischen Platz als open-air Ausstellung gezeigt.

Im Juni und Juli herrschte in unserem Büro oft noch bis spät in die Nacht hinein reges Schaffen: Die Arbeiten an dem Buch *Exil in Shanghai 1938-1947* gingen in ihre letzte Phase. Und weil im Frühjahr wegen häufiger technischer Probleme viele Bemühungen manchmal vergeblich waren, wurde es kurz vor Redaktionsschluß um so hektischer. Allen Widrigkeiten zum Trotz konnte das Buch am 26. Oktober in einer gemeinsamen Veranstaltung des Vereins Aktives Museum, des Centrum Judaicum und des Verlages Hentrich & Hentrich der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die Herausgeber Georg Armbrüster, Michael Kohlstruck, Sonja Mühlberger und die Geschäftsstelle des Vereins Aktives Museum haben für diese Publikation bisher noch nicht erschlossene Quellen ausfindig gemacht und ausgewertet. Der Band enthält nicht nur eine Datei von 14.800 Personen, die sich 1944 als Ausländer in Shanghai aufhielten. Erstmals wurden für dieses Buch auch die 5.500 erhaltenen Meldebogen der in Shanghai eintreffenden deutschen Flüchtlinge soziologisch ausgewertet. So kann dieser Band, der in Kooperation mit dem Leo Baeck Institute London entstand, einen beeindruckenden Überblick über die ganze Bandbreite des Exils in Shanghai geben.

Das Buch ist für unsere Mitglieder mit Preisnachlass über die Geschäftsstelle des Vereins Aktives Museum erhältlich.

Unser Mitgliederrundbrief dokumentiert die Vorstellung des Buches *Exil in Shanghai 1938-1947*. Zusätzlich veröffentlichen wir einen Text, der nach den letzten Adressen der Berliner Shanghai-Flüchtlinge fragt und im Buch aus Platzgründen nur gekürzt erscheinen konnte.

Außerdem wurde zum 26. Oktober die Gedenktafel im Foyer des Spreewaldbades in Berlin-Kreuzberg erneuert. Diese Tafel erinnert an die Rückkehr von 295 Shanghai-Flüchtlingen nach Deutschland, die am 21. August 1947 auf dem Görlitzer Bahnhof in Berlin-Kreuzberg eintrafen. Die Tafel war seit ihrer Anbringung 1997 etwas ausgebleichen und teilweise zerkratzt. Allen Unterstützern, die mit ihren hilfreichen Spenden für unseren Gedenktafel-Fonds zur Erneuerung dieser Gedenktafel beigetragen haben, sei dafür herzlich gedankt.

Im Herbst schickten wir die Ausstellung *Haymatloz Exil in der Türkei 1933-1945* erneut auf Reisen. Seit dem 17. Oktober ist sie im Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg noch bis zum 3. Dezember 2000 zu sehen. Anschließend wandert die Ausstellung weiter und wird ab dem 12. Januar 2001 in Osnabrück (bis 23. Februar) und ab dem 26. Februar in Rheine zu sehen sein. Als weitere Ausstellungsstationen schließen sich Mörfelden-Walldorf (April/Mai), Braunschweig (September), Köln (Oktober/November) und Bonn an.

Der Katalog der Ausstellung *Haymatloz Exil in der Türkei 1933-1945* ist seit Oktober in zweiter und verbesserter Auflage über das Büro des Vereins Aktives Museum erhältlich.

Wie wir bereits im Mitgliederundbrief 43 (S. 42/43) berichteten, fand die Ausstellung *Haymatloz* wegen der Nennung des Völkermords an den Armenierinnen und Armeniern keine Zustimmung beim Türkischen Botschafter in Berlin. Ähnliche Kritik wurde auch von der Historikerin Regine

Ericksen erhoben. Ihren Artikel aus dem *Nachrichtenbrief der Gesellschaft für Exilforschung* sowie eine Entgegnung von Mirjam Schmidt dokumentieren wir in diesem Rundbrief.

Die Querelen um den Bau des Dokumentationszentrums *Topographie des Terrors* nach den Plänen des Architekten Peter Zumthor füllen bereits ganze Pressearchive und waren auch uns wieder einmal Anlaß zu einer Aktion: Am 13. September 2000 unternahm der Verein Aktives Museum einen symbolischen Thesenanschlag am Bauzaun des Geländes. Damit wollten wir die Politikerinnen und Politiker an ihre Zusagen zu einer Realisierung des Dokumentationszentrums erinnern. Obwohl führende Landes- und Bundespolitiker, wissenschaftliche Gutachter und historische Kommissionen immer wieder die Bedeutung des Projektes betont haben, kommt dessen Realisierung nicht voran. Statt geschäftiger Arbeit herrscht nun bereits seit dem Frühjahr 2000 Friedhofsruhe auf dem Baugelände. Der im Herbst 1999 für die Montage des Gebäudes errichtete Baukran hat in den nun bereits zurückliegenden sieben Monaten Baustopp mindestens 1 Million Mark verschlungen, ohne dass dieses Monstrum auch nur eine Minute in Betrieb gewesen wäre. Was hätte mit diesem Geld nicht bereits alles verwirklicht werden können!!! Fernsehberichte dokumentierten in den zurückliegenden Wochen die durch die Verschleppung des Baustandenen Wasserschäden am bereits existierenden Rohbau. Doch trotz der durch den Baustopp entstehenden immensen zusätzlichen Kosten und Rohbauschäden haben sowohl der Architekt, die Bauverwaltung wie auch die Kulturverwaltung keinen Anlaß zur Eile. Der Verein Aktives Museum erinnerte deshalb mit dem symbolischen Thesenanschlag daran, dass es keine Alternative zu diesem Standort und den nun bereits vor vier Jahren mit dem Baubeginn eingeschlagenen Weg gibt. Jeder weitere Tag Baustillstand bedeutet eine zusätzliche unverantwortliche Belastung der öffentlichen Kassen, die auch mit einem Verweis auf die explodierende Kostenentwicklung des Projektes nicht zu entschuldigen ist. Lassen sich solche rein technischen Unkosten noch beziffern, so bleibt der durch die Bauverzögerung eingetretene gesellschaftliche und pädagogische Verlust unbenennbar. Gerade in einer Zeit, in der mit Vehemenz Gewalt und Intoleranz sich in der Öffentlichkeit darstellen, ist Erinnerung an und Aufklärung über das Geschehene dringender denn je.

Trotz des breiten positiven Echos auf unseren Thesenanschlag verfehlte er seine eigentliche Zielrichtung: Der Hauptausschuss des nahe gelegenen Berliner Abgeordnetenhauses vertagte wieder einmal den Tagesordnungspunkt *Topographie des Terrors*. Unseren Thesenanschlag am 13. September dokumentieren wir in Wort und Bild. Die Auswahl der Texte nahm Matthias Haß vor.

Alle Mitglieder, die ihren Mitgliedsbeitrag 2000 noch nicht bezahlt haben, bitten wir, dies noch bis zum Jahresende zu tun. Die Beitragshöhe beträgt für Einzelmitglieder DM 100,-, ermäßigt DM 50,- für Rentnerinnen und Rentner, Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Zivildienstleistende, sowie DM 300,- für Vereinigungen, ermäßigt DM 150 für Vereine, die nur über geringe Einnahmen verfügen. Natürlich nehmen wir weiterhin gerne Spenden entgegen, beispielsweise für unseren Gedenktafel-Fonds, für unseren Exil-Fonds oder auch für die kontinuierliche Arbeit des Vereins. Gleichzeitig würden wir uns über den baldigen Eingang der Mitgliedsbeiträge für 2001 sehr freuen.

Und schließlich: Wer die Bücher

Gedenktafeln in Ost-Berlin

Gedenktafeln in West-Berlin

Mythos Antifaschismus – Ein Traditionskabinett wird kommentiert

noch nicht besitzt, kann diese sowie eine Liste der seit 1993 in Berlin angebrachten Gedenktafeln im Büro des Vereins Aktives Museum (Chausseestraße 8 / Novalisstraße 11) kostenlos erhalten.

1987 wurde die Ausstellung *Topographie des Terrors* in einem provisorischen Gebäude eröffnet. 1992 wurde beschlossen, ein ständiges Dokumentationszentrum zu errichten. Daher wurde 1997 das provisorische Gebäude abgerissen. Seither ist die Ausstellung in den Resten der Kellerräume entlang der Niederkirchnerstraße zu besichtigen. Der geplante Eröffnungstermin des neuen Ausstellungs- und Dokumentationszentrums im November 1998 wurde nicht eingehalten. Auch heute, fast zwei Jahre später, ist die Zukunft des Projektes noch immer ungewiss.

Die deutsche und internationale Öffentlichkeit reagieren mit zunehmendem Unverständnis auf die Verzögerungen. Angesichts der politischen Bedeutung der *Topographie des Terrors* könnte der Verdacht aufkommen, die für die Verzögerung angegebene Finanzierungsunklarheit sei vorgeschoben.

Das Aktive Museum hat sich 1983 in den Auseinandersetzungen um diesen Ort gegründet und setzt sich seitdem für einen der historischen Dimension angemessenen Umgang mit ihm ein.

Im Folgenden dokumentieren wir verschiedene Stellungnahmen zu diesem Gelände und seiner historischen Bedeutung. Sie alle betonen die Wichtigkeit und Bedeutung der Stiftung *Topographie des Terrors* und des geplanten neuen Ausstellungs- und Dokumentationszentrums.

Verein Aktives Museum

13. September 2000

Es gibt keinen deutschen Ort als diese Stelle.

Wolfgang Scheffler  
Professor an der TU Berlin  
27. Februar 1986

Das 'Gestapo-Gelände' soll nach meiner Auffassung unter Würdigung der mit diesem Gelände verbundenen schrecklichen Geschichte gestaltet werden, dabei eine internationale Zusammenarbeit angestrebt und mit einem würdigen Gedenken an die Opfer des Gestapoterrors verbunden werden. Die Gestaltung des Geländes muss vor der Geschichte und in Zukunft Bestand haben.

Eberhard Diepgen  
Regierender Bürgermeister von Berlin  
10. September 1986

Das Gelände, auf dem die Zentralen der Gestapo, der SS und des Reichssicherheitshauptamtes standen, ist ein Ort von einzigartiger historischer Bedeutung nicht nur für Berlin, sondern für Deutschland und Europa. Die Entscheidungen über das Gelände und seine künftige Nutzung müssen daher auch internationalen Ansprüchen und Erwartungen standhalten.

Fachkommission  
zur Erarbeitung von Vorschlägen für die künftige Nutzung des „Prinz-Albrecht-Geländes“ in Berlin-Kreuzberg, März 1990

Und damit man die Möglichkeit des Lernens hat und damit diese Geschichte nicht in Vergessenheit gerät, ist das alles notwendig. Und ich bin sehr froh, dass die Gründung der Stiftung letztendlich auf Bürger zurückzuführen ist.

Ignatz Bubis  
Vorsitzender des Internationalen Beirats der Stiftung *Topographie des Terrors* zum Baubeginn  
8. Mai 1995

So liegt für mich in diesem ersten symbolischen Schritt zum Neubau der Stiftung *Topographie des Terrors* zugleich eine Botschaft. ... Die nationalsozialistische Vergangenheit darf nicht entsorgt werden; diese Vergangenheit darf nicht vergehen, sondern muss über das Jahr 1995 hinaus, ein Stachel in unseren Herzen bleiben.

Ulrich Roloff-Momin  
Senator für kulturelle Angelegenheiten zum Baubeginn  
8. Mai 1995

Es darf nicht sein, dass mit den Zeugen die Beweiskraft verloren geht. ... Deshalb unterstützt der Bund die Stiftung *Topographie des Terrors*! Deswegen unterstützt er dieses Projekt!

Unser Dank gilt all denen, die gegen das Vergessen Widerstand geleistet haben, sich nicht mit dem Verschütten unter dem Bauschutt abgeben wollten. Wir danken für die damit verbundenen Provokationen zum Handeln.

Klaus Töpfer  
Bundesbauminister zum Baubeginn  
8. Mai 1995



Pressegespräch zum symbolischen Thesenanschlag auf dem Gelände der Topographie des Terrors  
Foto: Jürgen Henschel

Seit 1987 haben im provisorischen Bau über 1 Million Menschen die Ausstellung besucht ... Es ist an der Zeit, in einem festen Bau mit einer Dauerausstellung die von hier ausgegangenen Verbrechen des Naziregimes zu dokumentieren. ... Die Gründung einer Stiftung macht deutlich, dass wir der damit verbundenen Arbeit Kontinuität und damit ein solides Fundament verleihen wollen.

Eberhard Diepgen  
Regierender Bürgermeister von Berlin  
zum Baubeginn  
8. Mai 1995

Der Senat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass mit dem Bau des Dokumentationszentrums *Topographie des Terrors* wie geplant im Juni 1996 begonnen und das gesamte Projekt planmäßig ausgeführt wird.

Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses,  
den sofortigen Neubau des Dokumentationszentrums zu bewilligen, 28.  
März 1996

Die *Topographie des Terrors* wird daran erinnern, dass die Hauptstadt des demokratischen Deutschlands auch die Hauptstadt des ‚Dritten Reiches‘ war. Sie wird einen spezifischen Beitrag zur Festigung demokratischer Kultur in unserer Gesellschaft leisten ... Der Senat wird deshalb ... alles daran setzen, das Projekt der *Topographie des Terrors* zu einem überzeugenden Abschluss zu bringen.

Vorlage des Senats von Berlin  
für das Abgeordnetenhaus zur Kenntnisnahme  
20. August 1998

Angesichts dieser offensichtlich uneingeschränkten Unterstützung von politischer Seite fordern wir das Abgeordnetenhaus von Berlin auf, sich an die eigenen Beschlüsse zu erinnern und eine zügige Fertigstellung des geplanten Ausstellungs- und Dokumentationszentrums zu gewährleisten.

Wir fordern den Senat von Berlin und die verantwortlichen Senatsverwaltungen auf, die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses umzusetzen, die bisherigen Verzögerungen zu beenden und den vorgegebenen Zeitplan der Eröffnung im Herbst 2001 einzuhalten.

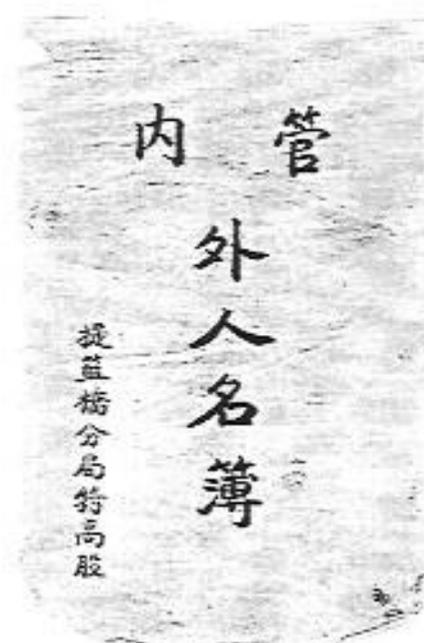
Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre politische Verantwortung für die Stiftung *Topographie des Terrors* wahrzunehmen und ihrer satzungsmäßigen Mitfinanzierungspflicht nachzukommen.

Verein Aktives Museum

13. September 2000

Exil Shanghai 1938 – 1947 -- Buchvorstellung 26. Oktober 2000

Georg Armbrüster/Michael Kohlstruck/Sonja Mühlberger (Hrsg.)



# Exil Shanghai

1938 – 1947

Jüdisches Leben  
in der Emigration

HENTRICH & HENTRICH



Mit Erstveröffentlichung von 14800 Eintragungen der  
Ausländerliste der japanischen Fremdenpolizei auf CD-ROM

## Exil Shanghai 1938 – 1947 -- Buchvorstellung 26. Oktober 2000



Bild oben: Presse-Präsentation des Buches Exil Shanghai 1938 – 1947 im Centrum Judaicum (v.l.n.r.: Christiane Hoss, Hermann Simon, Herr Hentrich, Arnold Paucker, Michael Kohlstruck)

Bild unten: Im Publikum die früheren Shanghai-Flüchtlinge Martin Beutler (vierter v.l.), Günter Nobel (zweite Reihe neben Beutler) und Wilhelm Mann (erste Reihe rechts) Fotos: Jürgen Henschel



## Zuflucht China

### Schicksal jüdischer Emigranten erforscht

Sonja Mühlbergers Vorname lautete die ersten drei Monate ihres Lebens offiziell «Baby». Das deutsche Konsulat in Shanghai hatte sich 1939 geweigert, den russischen Namen zu registrieren. Schließlich wurde er vom chinesischen Health Department doch genehmigt. Die 61-Jährige wurde im fernen Shanghai geboren, wohin ihre Eltern aus Deutschland geflohen waren. Für mehr als 18 000 jüdische Flüchtlinge aus Europa, vor allem aus Deutschland und



Sonja Mühlberger mit dem Band „Exil Shanghai 1938–1947“. FOTO: SCHULZ

Österreich, wurde Shanghai der letzte rettende Hafen. Shanghai war von 1938 an der einzige Ort auf der Welt, der keine Einwanderungsquoten erließ, der weder ein Affidavit (Einreisebescheinigung), Kapitalnachweis noch polizeiliches Führungszeugnis verlangte. Doch jahrzehntelang war dieses einzigartige Exil von der Wissenschaft fast vergessen, galt als «eine Emigration am Rande», als «Exil der kleinen Leute». Diese Lücke schließt nun der von Sonja Mühlberger mitherausgegebene Band «Exil Shanghai 1938 - 1947» (Hentrich & Hentrich, 88 Mark), der am Donnerstag im Centrum Judaicum vorgestellt wurde.

Sabine Mühlberger und ihre Eltern gehörten zu den ersten 295 Juden, die 1947 Shanghai mit einem ehemaligen US-Truppentransportschiff verließen und am 21. August 1947 mit einem Sonderzug auf dem Görlitzer Bahnhof eintrafen. «Am 1. September hatte ich dann mit einer geborgten Zuckertüte meinen deutschen Schulanfang. Anfangs antwortete ich noch der Lehrerin auf Fragen in Englisch, denn ich war in Shanghai zwei Jahre auf einer englischsprachigen Schule der dort alteingesessenen jüdischen Gemeinde gewesen, doch bald ging es auch in Deutsch», erinnert sich Sonja Mühlberger, die später Grundschullehrerin in Ost-Berlin wurde. Sie und ihre Familie hielten all die Jahre Kontakt zu den anderen «Shanghailändern» oder «Hongkew-Juden», wie sie sich nach dem Ghetto nennen, in das sie von den Japanern 1943 gepercht wurden. An ihre Geschichte wurde in Berlin erstmals 1997 mit der Ausstellung «Leben im Wartesaal - Exil in Shanghai 1938 - 1947» des Jüdischen Museums im Martin-Gropius-Bau erinnert.

«Mein Vater hielt uns als Eierverkäufer über Wasser. Oft saß ich hinten auf seinem Fahrrad. Er musste die schweren Eierkörbe die schmalen Stiegen hinauf und hinunter schleppen», erzählt Sonja Mühlberger lebhaft. Die Mutter las ihr oft deutsche Märchen vor. Shanghai - das war vor allem qualitative Hitze im Sommer, frieren im Winter, wenig zu essen. Tausende lebten in Heimen. Trotz der widrigen Umstände gelang es manchen Emigranten, kleine Handwerksbetriebe, Arztpraxen, Cafés und sogar Theater zu eröffnen. Prekär wurde es, als 1943 alle Flüchtlinge in das ausgebombte Armenviertel Hongkew umziehen mussten. Trotz der Unterstützung durch die in Shanghai seit Jahrzehnten etablierten jüdischen Familien aus Bagdad und Russland sowie der Unra, einer amerikanisch-jüdischen Hilfsorganisation, starben unter den unsäglichen hygienischen Bedingungen viele Ghettoinsassen an Typhus, Ruhr oder Cholera.

Das Buch in einer wohlthuenden Mischung aus wissenschaftlichen Beiträgen und persönlichen Erzählungen beleuchtet all diese Facetten, ebenso die Rolle der japanischen Besatzungsmacht und die des deutschen Auswärtigen Amtes. «Von einzigartigem Wert ist ein bislang unbekanntes Dokument: Eine Liste der japanischen Fremdenpolizei von 1944 mit Personenangaben von 14 700 Flüchtlingen, davon 12 500 aus Mitteleuropa», betont Sonja Mühlberger, die die Liste von einer Wiener Jüdin erhielt. Sie ist auf einer beigelegten CD-Rom aufgeführt. Bisher waren der Forschung nur etwa 5500 Shanghai-Flüchtlinge namentlich bekannt.

Jola Merten, Berliner Morgenpost 2.11.2000

## Die Wohnorte der Berliner Shanghai-Flüchtlinge

Zu den vielen Zufällen des Lebens gehört auch die Wohnungswahl. Ein Gespräch, ein kurzer Blick auf die Annoncenseite einer Tageszeitung und schon ist der Lebensweg in eine ganz neue räumliche Richtung gelenkt. So mag es gewagt sein, aus den letzten Berliner Wohnorten der Berliner Shanghai-Flüchtlinge irgendwelche Rückschlüsse auf ihre Wohn- und Lebenssituation vor der Emigration ziehen zu wollen. Doch immerhin kann eine Bündelung dieser letzten Berliner Adressen der Berliner Shanghai-Flüchtlinge einige Tendenzen aufzeigen.

Von den 5.546 uns bekannten über 15 Jahre alte Personen, die bis zum Sommer 1939 in Shanghai eintrafen, waren 1.917 Personen vor ihrer Ausreise zuletzt in Berlin polizeilich gemeldet. Eine Aufstellung der letzten Wohnorte zeigt, dass fast 55 Prozent der 1.917 Berliner von den drei großen im Westen der Stadt gelegenen Bezirken Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf aus ins Exil gingen. Diese drei Stadtbezirke wiesen eine im wesentlichen am Ende des 19. und am Beginn des 20. Jahrhunderts großzügig angelegte Bebauung mit großen Miethäusern auf. Die Wohnhäuser dieser drei Stadtbezirke verfügten zumeist über eine gute sanitäre Ausstattung und großzügige Raumverhältnisse. Außerdem hatten alle drei Bezirke bereits eine moderne öffentliche Infrastruktur. Die Berliner Shanghai-Flüchtlinge kamen also in ihrer Mehrheit nicht aus ärmeren Stadtvierteln und ihre letzten Wohnorte waren häufig eine *gute Adresse*. Mehr als die Hälfte von ihnen ging aus bürgerlichen, teilweise sogar großbürgerlichen Wohngebieten ins Exil. Selbstverständlich waren damals die drei Bezirke Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf in ihrer sozialen Struktur nicht homogen. Besonders die Bezirke Charlottenburg und Schöneberg hatten auch ausgesprochene Arbeiterquartiere mit primär kleinbürgerlicher und proletarischer Bevölkerung. Aber gerade diese Stadtbereiche wurden von den Charlottenburger und Schöneberger Shanghai-Flüchtlingen nicht bewohnt. In Charlottenburg kamen nur vier von insgesamt 343 Personen aus einem solchen Arbeiterviertel. In Schöneberg wohnten nur acht von insgesamt 318 Personen in eher proletarisch bestimmten Stadtbereichen. In beiden Fällen handelt es sich also um verschwindend geringe Anteile. Und das sah in anderen Bezirken nicht grundlegend anders aus. Beispielsweise kamen nur wenige aus dem traditionellen Arbeiterbezirk Wedding und unter diesen waren nur zwei Personen aus der berüchtigten Ackerstraße.

Es wäre aber ein Trugschluss, aus diesem Mehrheitsverhältnis zu folgern, dass die Berliner Shanghai-Flüchtlinge mehrheitlich nur aus Wohlstand und gutsituierten Verhältnissen ins Exil gingen. Denn die geräumigen Wohnungen der großbürgerlichen Miethäuser im Berliner Westen ermöglichten vielfältige Wohnformen. Oftmals wohnten mehrere Familien in den komfortablen Sechs- bis Zehn-Zimmerwohnungen zusammen. Bereits in den Jahren der Inflation und Weltwirtschaftskrise während der *golden twenties* gehörte die Untervermietung zum Alltag vieler Familien, wenn sie ihre Wohnungen auch in diesen Krisenzeiten einigermaßen halten wollten.<sup>1</sup> So werden auch viele Berliner Shanghai-Flüchtlinge ihre letzten Jahre und Monate in der Reichshauptstadt als Untermieter verbracht haben. Von den 33, die aus der Charlottenburger Sybelstraße auswanderten, sind bis 1939 nur 21 in den Berliner Adressbüchern nachweisbar. Damit liegt die Vermutung nahe, dass mindestens ein Drittel der Berliner Shanghai-Flüchtlinge bis zur Ausreise aus dem Deutschen Reich nicht in einer eigenen Wohnung lebte.

Die Untervermietung war in den 1930er Jahren weitaus häufiger anzutreffen als heute. Wer sich mit Blick auf die geplante Emigration nur noch wenige Wochen oder Monate im Deutschen Reich aufhalten wollte, neigte eher dazu, die eigene Wohnung aufzugeben und als Untermieter zu leben. Für den Fall einer sehr plötzlichen Ausreise waren damit die aufwendigsten Aufgaben wie etwa die Wohnungsauflösung oder der Verkauf der Möbel und des Hausstandes bereits erledigt. Andererseits konnten Hauptmieter einer Wohnung durch die Untervermietung eines oder auch mehrerer Zimmer einen Ausgleich für die seit 1933 erlittenen finanziellen Einbußen erreichen. Das Wohnen zur Untermiete bei anderen jüdischen Familien wurde für viele Mieter zu einer Nottlösung, weil sie als so genannte Nichtarier seit 1933 auf dem freien Wohnungsmarkt kaum noch eine Chance hatten, eine Wohnung zu finden. Schon aus diesem Grund kam es allmählich zu einer Konzentration von jüdischen Mietern in Miethäusern, die in jüdischem Besitz

waren und in Wohnungen, die bereits von anderen jüdischen Familien bewohnt wurden. Der Begriff des 'Judenhauses' oder des 'Ghettohauses' trifft allerdings in diesen Fällen für die Jahre bis 1939 noch nicht zu, weil die Wohnungswahl noch selbständig erfolgte.

Die Berliner Shanghai-Flüchtlinge waren nicht nur Ärzte, Rechtsanwälte, Musiker, Wissenschaftler oder Bankiers von Beruf. Gerade diese Reichtum verheißenden Professionen sind auch in den Bezirken Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf eher selten anzutreffen. Auch hier waren die Shanghai-Flüchtlinge eher der gute Durchschnitt: viele Kaufleute, Angestellte, viele Personen aus dem Textilgewerbe und dem Dienstleistungsbereich, und auch einige Handwerker. Allein die 40 Personen, die von der Adresse Kurfürstendamm emigrierten, entsprechen dem Klischee vom wohlhabenden Menschen aus dem Berliner Westen: Kaufleute, Grundstücksmakler, Ärzte, leitende Angestellte, ein Landgerichtsrat außer Dienst, Architekten, ein Modeschöpfer, ein Juwelier, ein Pelzhändler, Musiker und Dekorateure, aber auch eine Sekretärin. So darf man nicht außer Acht lassen, dass auch die Miethäuser im reichen Westen Berlins oft über kleinere Wohnungen in Hinterhäusern und Seitenflügeln verfügten und somit auch in diesen Quartieren für eine soziale Durchmischung gesorgt war.

Zählt man zu den Personen aus den drei westlichen Stadtbezirken die Shanghai-Flüchtlinge aus den Innenstadtbezirken Mitte und Prenzlauer Berg hinzu, so ist bereits mit diesen fünf Bezirken ein Anteil von 80 Prozent der gesamten uns Bekannten erreicht. Dabei ergab sich für diese beiden Innenstadtbezirke eine sehr viel differenziertere soziale Wohnsituation, als dies in den vergleichsweise eher homogenen Wohnbereichen in Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf der Fall war.

Aus dem **Bezirk Mitte** kamen:

- 36,0 Prozent der Shanghai-Flüchtlinge aus dem Bereich Spandauer Vorstadt/Scheunenviertel,
- 31,5 Prozent aus dem Bereich Alexanderplatz und den östlich davon gelegenen Wohnvierteln,
- 13,5 Prozent aus dem nordöstlichen Bereich Brunnenstraße, Chausseestraße, Stettiner Bahnhof,
- 10,0 Prozent aus dem Bereich Luisenstadt,
- 5,0 Prozent aus dem zentralen Altstadt-Bereich Nikolai- und Klosterviertel, Fischerinsel,
- 4,0 Prozent aus dem Zentrumsbereich Unter den Linden/Friedrichstadt/Dorotheenstadt/Charité-Viertel, Friedrich-Wilhelm-Stadt.<sup>2</sup>

Zwei Drittel aller dieser Shanghai-Flüchtlinge aus dem Bezirk Mitte lebten vor ihrer Ausreise in den dichtbebauten Bereichen der Spandauer Vorstadt und östlich des Alexanderplatzes, in denen eine sehr heterogene soziale Struktur vorlag. Vielfach gab es in den Straßen dieser Stadtbereiche kleinere und größere Geschäfte, Kleingewerbe auf den Höfen und die Bewohner stammten zumeist aus kleinbürgerlichen Verhältnissen. Gerade deshalb gab es in diesen Stadtbereichen gute Möglichkeiten, trotz Verfolgung einen erschwinglichen Wohnort zu finden. Außerdem lebten bereits viele Menschen hier, die sich in einer ähnlichen Verfolgungssituation befanden. Jüdische Einrichtungen waren ebenfalls in diesen Stadtbereichen vorhanden. Dagegen lagen die Anteile der Shanghai-Flüchtlinge in den stärker proletarischen Wohnvierteln des Bezirkes Mitte im Bereich Brunnenstraße/Chausseestraße und in der Luisenstadt deutlich niedriger. Die dort sehr viel engeren Wohnverhältnisse ließen Untervermietung nicht zu, da die kleinen Wohnungen zumeist bereits mit großen Familien belegt waren. Bemerkenswert ist schließlich, dass in den zentralen Stadtbereichen der Altstädte Berlin und Cölln sowie um Unter den Linden und Friedrichstraße nur sehr wenige Shanghai-Flüchtlinge lebten. Hohe Mieten und die starke kommerzielle und administrative Nutzung dieser Stadtbezirksbereiche boten nur wenige Wohnmöglichkeiten in der bedrängten Vor-Exil-Situation.

Aus dem **Bezirk Prenzlauer Berg** kamen:

- 31,9 Prozent aus dem zentralen Bezirksbereich um den Wörther Platz (zwischen Torstraße/Danziger Straße/Prenzlauer Allee),
- 20,3 Prozent aus dem Immanuelkirch-Viertel (zwischen Prenzlauer Allee, Greifswalder Straße, Ringbahn),
- 19,7 Prozent aus dem östlichen Bezirksbereich Richtung Friedrichshain (zwischen Greifswalder Straße und Landsberger Allee),
- 14,1 Prozent aus dem nordwestlichen Viertel Richtung Pankow,
- 9,5 Prozent aus dem Bereich Helmholtzplatz (zwischen Ringbahn, Danziger Straße, Prenzlauer Allee),
- 4,5 Prozent aus dem nordöstlichen Bezirksbereich Ostseeviertel, Neubauten der zwanziger Jahre.<sup>3</sup>

Mehr als 50 Prozent der aus dem Prenzlauer Berg nach Shanghai Emigrierten fanden ihren letzten Berliner Wohnort in dem zentralen Bezirksbereich, der nur ungefähr ein Drittel der Bezirksfläche ausmacht und den eine hohe soziale Durchmischung aus bürgerlichen, kleinbürgerlichen und teilweise auch aus proletarischen Bevölkerungskreisen auszeichnete. Diese Wohnungsschwerpunkte waren sicherlich auch durch jüdische Einrichtungen (Synagoge, Sozialeinrichtungen) in diesem Stadtbereich besonders motiviert. Dagegen fiel die Quote in den ärmeren östlichen und nordöstlichen Bezirksbereichen geringer aus. Außerhalb der die Innenstadt markierenden Ringbahn nahm die Häufigkeit der dort wohnenden Shanghai-Flüchtlinge stark ab. Auch in den Neubauvierteln der zwanziger Jahre lag der Anteil der aus Prenzlauer Berg nach Shanghai Emigrierenden mit 4,5 Prozent sehr niedrig.

Zählt man zu dem Personenanteil der innerstädtischen Bezirke noch die Werte der Bezirke Tiergarten, Kreuzberg und Wedding hinzu, so sind bereits 93 Prozent der uns bekannten Berliner Adressen von Shanghai-Flüchtlingen erfasst. Daraus lässt sich erkennen, dass der von den rassistischen und politischen Verfolgungsmaßnahmen betroffene Personenkreis sich zunehmend in den großstädtischen und innerstädtischen Bezirken konzentrierte. Die Anzahl der Shanghai-Flüchtlinge aus den vorstädtischen Bezirken ist dagegen verschwindend gering, wie in einer tabellarischen Übersicht die Gesamtdaten beweisen. Damit deutet sich an, dass die Existenz der Verfolgten in den Berliner Vorstädten zunehmend schwieriger wurde, während die innerstädtischen Wohnviertel offensichtlich sicherere und solidarischere Lebensumstände ermöglichten.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Werte:

- 393 Personen – 20,50 Prozent – Wilmersdorf
- 343 Personen – 17,89 Prozent – Charlottenburg
- 318 Personen – 16,58 Prozent – Schöneberg
- 267 Personen – 13,92 Prozent – Mitte
- 198 Personen – 10,32 Prozent – Prenzlauer Berg
- 125 Personen – 06,52 Prozent – Tiergarten
- 075 Personen – 03,91 Prozent – Kreuzberg
- 064 Personen – 03,33 Prozent – Wedding
- 036 Personen – 01,87 Prozent – Friedrichshain
- 024 Personen – 01,25 Prozent – Neukölln
- 019 Personen – 00,99 Prozent – Tempelhof
- 012 Personen – 00,62 Prozent – Lichtenberg
- 009 Personen – 00,46 Prozent – Köpenick
- 009 Personen – 00,46 Prozent – Pankow
- 007 Personen – 00,36 Prozent – Steglitz
- 005 Personen – 00,26 Prozent – Weißensee
- 004 Personen – 00,20 Prozent – Treptow
- 004 Personen – 00,20 Prozent – Zehlendorf
- 003 Personen – 00,15 Prozent – Reinickendorf
- 002 Personen – 00,10 Prozent – Hohenschönhausen

Vergleicht man diese Zahlen mit der für das Jahr 1933 bekannten Verteilung der Berliner Juden auf die einzelnen innerstädtischen Stadtbezirke,<sup>4</sup> so zeigt sich für die 1930er Jahre eine interessante Entwicklung: In den Bezirken Mitte und Prenzlauer Berg verringert sich der prozentuale Anteil der jüdischen Bewohner, die ins Exil nach Shanghai gingen, gegenüber dem allgemeinen Anteil der jüdischen Bewohner Berlins. In den Bezirken Wilmersdorf, Charlottenburg und Schöneberg steigt dieser Anteil teilweise erheblich an. Die möglichen Gründe – große Wohnungen mit Untermietmöglichkeiten – für den Zug der Verfolgten und sich auf das Exil vorbereitenden Menschen in den Berliner Westen wurden bereits genannt. Hinzu kommt sicherlich auch, dass in Charlottenburg und Wilmersdorf viele jüdische Hilfs-, Gemeinde- und Kultur-Einrichtungen, jüdische Organisationen, jüdische Schulen und Agenturen für die Emigration angesiedelt waren. Die Nähe zu den notwendigen Anlaufstellen mag eine Entscheidung für einen Umzug in den Westen erleichtert haben. Trotz der Verfolgungssituation war hier offensichtlich ein erträglicheres Dasein noch bis weit in die dreißiger Jahre hinein möglich.

1933 jüdische Einwohner Berlins	Bezirk	1938/39 Berliner Shanghai-Flüchtlinge
16,5 Prozent	Wilmersdorf	20,5 Prozent
17,0 Prozent	Charlottenburg	17,9 Prozent
10,0 Prozent	Schöneberg	16,6 Prozent
15,0 Prozent	Mitte	13,9 Prozent
11,0 Prozent	Prenzlauer Berg	10,3 Prozent
30,0 Prozent	übrige Bezirke	20,8 Prozent

Nur die wenigsten Berliner Shanghai-Flüchtlinge gingen aus ihren angestammten Wohnungen ins Exil. Im Jüdischen Adressbuch von Berlin in der Ausgabe von 1931 finden sich nur 116 von den insgesamt 1.917 Berliner Shanghai-Flüchtlingen (6,05 Prozent). Stellt man in Rechnung, dass viele deutsche Flüchtlinge erst von den Nationalsozialisten zu *Juden* gemacht wurden, so ist dieser Durchschnittswert eine untere Grenze. Viele Berliner Shanghai-Flüchtlinge, weil nicht mehr zur jüdischen Gemeinde hinzugehörend, konnten also nicht im Jüdischen Adressbuch verzeichnet werden. Der prozentuale Durchschnittswert steigert sich, wenn man die Wohnangaben im Berliner Adressbuch des Jahres 1933 zum Vergleich heranzieht. Eine Durchsicht der aus den Berliner Innenstadtbezirken ins Exil nach Shanghai gehenden Personen (Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Mitte, Prenzlauer Berg, Tiergarten, Kreuzberg, Wedding) ergab eine Summe von 179 Personen (9,7 Prozent), die bis zu ihrer Flucht nach Shanghai keinen Wohnungswechsel vornehmen mußten. Auch dies ist selbstverständlich nur ein Mindestwert, da viele der Berliner Shanghai-Flüchtlinge im Berliner Adressbuch erst gar nicht zu finden waren. Außerdem lebten vermutlich viele von ihnen im Jahre 1933 noch gar nicht in Berlin und wurden erst durch die nationalsozialistische Verfolgung in die etwas anonymere Großstadt getrieben.

Von diesen 179 Personen ohne Wohnungswechsel bis zur Ausreise ergeben die einzelnen Daten einen interessanten Einblick in bezirkliche Unterschiede. Die Daten erfolgen in Prozent berechnet auf die Gesamtzahl der aus dem jeweiligen Bezirk kommenden Shanghai-Flüchtlinge.

- 15,6 Prozent (10 Personen) Wedding
- 13,6 Prozent (27 Personen) Prenzlauer Berg
- 12,0 Prozent (15 Personen) Tiergarten
- 11,4 Prozent (45 Personen) Wilmersdorf
- 09,3 Prozent (07 Personen) Kreuzberg
- 08,9 Prozent (24 Personen) Mitte
- 08,8 Prozent (28 Personen) Schöneberg
- 06,7 Prozent (27 Personen) Charlottenburg

In den Bezirken Wedding, Prenzlauer Berg und Tiergarten war es offensichtlich etwas leichter, die bei Machtantritt der Nazis bereits bewohnte Wohnung auch trotz der einsetzenden Verfolgungsmaßnahmen und den damit verbundenen sich verschärfenden wirtschaftlichen Lebensbedingungen halten zu können. Dagegen kam es in den Bezirken Mitte, Schöneberg und Charlottenburg für die jüdischen Bewohner eher zu einem Wohnungswechsel als dies in den vorgenannten Bezirken der Fall war. Die relativ hohe Quote für den etwas teureren Bezirk Wilmersdorf läßt sich als ein Anzeichen des relativen Wohlstands seiner jüdischen Bewohner verstehen. Die relativ hohe Mietkonstanz der Berliner Shanghai-Flüchtlinge im Bezirk Wilmersdorf kann aber auch für einen höheren Grad an Eigentum und eine größere Zahl von Wohnungen bei jüdischen Vermietern interpretiert werden.

Generell kann die Beibehaltung der bereits 1933 bewohnten Wohnung als ein Ausdruck einer eingeschränkten materiellen Sicherheit interpretiert werden, die für mindestens 9,7 Prozent der Berliner Shanghai-Flüchtlinge bestanden haben könnte. Von diesen 179 Personen sind uns von 104 Personen die Berufe bekannt. Davon arbeiteten 57 Personen als Kaufleute, 7 Personen als Zahnärzte, je 5 Personen als Schneider und Ärzte, 4 Personen als Vertreter, je 3 Personen als Destillateure und leitende Bankangestellte, je 2 Personen als selbständige Unternehmer und Buchhalter und schließlich je eine Person als Dekorateur, Beamter a.D., Kellner, Metzger, Apotheker, Rechtsanwalt, Krankenpfleger, Großhändler, Photograph, Hotelier, Musiker, Bautechniker, Fabrikant, Vulkaniseur, Chauffeur, Verleger.

Im Umkehrschluss bedeuten diese Ergebnisse, dass ungefähr 90 Prozent der Berliner Shanghai-Flüchtlinge nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten mindestens einmal die Wohnung wechselten. Zwar waren die Mieterschutzgesetze der Weimarer Republik noch bis 1938 gültig, aber die üblichen alltäglichen Schikanen werden manchen jüdischen Mieter ganz unfreiwillig genötigt haben, sich nach einer neuen Wohnung umzuschauen. Am 7. November 1938 erklärte das Berliner Landgericht Juden als "gemeinschaftsfremd" und entzog ihnen damit die im Mieterschutzgesetz kodifizierten Rechte. Am 31. Dezember 1938 wurde jüdischen Bürgern das Recht abgesprochen, Mietbeihilfen zu erhalten. Auch diese Maßnahme mußte zu etlichen, eigentlich ungewollten Umzügen führen. Schließlich sorgte das am 30. April 1939 erlassene und sofort Anfang Mai 1939 in Kraft getretene "Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden" dafür, daß jüdischen Mietern jeglicher Kündigungsschutz entzogen wurde. Unmißverständlich hieß es in diesem Gesetz u.a.: "Juden kann ohne Angabe von Gründen und ohne Einhaltung von Fristen die Wohnung gekündigt werden. Sie können zwangsweise in sogenannte 'Judenhäuser' eingewiesen werden." Daß Vermieter von den neuen gesetzlichen Möglichkeiten sehr bald Gebrauch machten, zeigt das Beispiel der Familie Lehmann: Edmund Lehmann - vor seiner beruflichen Herabstufung 1933 Personalchef des Verbandes für den deutschen Textilhandel -, seine Frau Gertrud und seine Tochter Rose hatten bereits 1933 wegen der finanziellen Einbußen die luxuriöse Wohnung in Lankwitz aufgeben müssen und stattdessen ein kleines Reihenhaus in einer katholischen Siedlung in Marienfelde beziehen können. Bereits zum 1. April 1939 wurde ihnen gekündigt und eine Wohnung in einem 'Judenhaus' in der Kaiserstraße in Berlin-Mitte zugewiesen, die sie mit einer anderen Familie teilen mußten.<sup>5</sup>

Die innerstädtische Migration zwischen dem Machtantritt des Nazi-Regimes und der Abreise nach Shanghai spielte sich auf verschiedene Weise ab:

Vielfach kam es zu einem Umzug innerhalb der bislang bewohnten Straße, etwa von der Joachim-Friedrich-Straße Nummer 10 zur Nummer 30 oder vom Kurfürstendamm Nummer 74 zur Nummer 66. Bereits größer waren die Umstände des Umzugs bei einer Veränderung innerhalb des bisherigen Wohnviertels, etwa von der Kantstraße zum Kurfürstendamm oder von der Schöneberger Innsbrucker Straße zur Wilmersdorfer Prinzregentenstraße. Solche Wohnungsveränderungen erfolgten auch zahlreich über die angrenzenden Bezirke hinaus. Umzüge der Berliner Shanghai-Flüchtlinge vom Prenzlauer Berg nach Wilmersdorf oder vom Wedding nach Charlottenburg waren an der Tagesordnung. Auf den ersten Blick könnten diese gerade genannten beiden Beispiele als ein sozialer Aufstieg missverstanden werden. Solche Veränderungen waren vielmehr darin motiviert, eine sichere Existenz in nicht unbedingt einfacheren Verhältnissen zu erreichen. Denn die Aufgabe einer eigenen Wohnung und das nunmehrige Wohnen zur

Untermiete, vom Vorderhaus in Prenzlauer Berg zur Hinterhaus-Wohnung in Wilmersdorf, konnte sehr wohl einen sozialen Abstieg bedeuten. Die Veränderung eines Berliner Arztes aus der Friedrichstraße in die Friedrichshainer Andreasstraße trug erst recht keinen sozialen Prestigegewinn mit sich. Ähnlich ergangen sein wird es dem Rechtsanwalt, der aus der Behrenstraße im Zentrum Berlins nach Wilmersdorf in die Laubenheimer Straße zog. Für die nach 1933 durch die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen zum Umzug genötigten Berliner Shanghai-Flüchtlinge schloss sich mit der stadträumlichen Veränderung eine soziale Verbesserung grundsätzlich aus.

Einige zogen von der Peripherie der Stadt in die innerstädtischen Gebiete, etwa von Lichterfelde nach Wilmersdorf, von Spandau nach Schöneberg, von Hohenschönhausen nach Schöneberg, von Mariendorf nach Charlottenburg, von Köpenick nach Tiergarten oder von Reinickendorf nach Kreuzberg. Damit war nicht nur oftmals eine Einschränkung des bisherigen Wohnkomforts verbunden, sondern auch eine radikale Veränderung des Wohnumfeldes, so wenn etwa die Familie eines kaufmännischen Angestellten aus der im Grünen gelegenen Zehlendorfer Onkel-Tom-Siedlung in die Alte Schönhauser Straße nach Berlin-Mitte ziehen musste. Man kann sich einen krasserer Gegensatz von den hohen Kiefern am Rande des Grunewalds zur engen staubigen Stadtwüste im Berliner Zentrum gar nicht vorstellen. Nicht anders wird es einem Berliner Bankbeamten gegangen sein, der aus der von Bruno Taut entworfenen Hufeisensiedlung in Britz in die graue Schliemannstraße nach Prenzlauer Berg ziehen musste. Nicht ganz so gravierend wird der Umzug für eine Schriftstellerin gewesen sein, die aus der Zehlendorfer Fischerhütensiedlung in die belebte Kaiserallee nach Wilmersdorf zog. Diese drei Beispiele zeigen, dass die von den nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen Betroffenen gerade auch in den modernen, in den 1920er Jahren neubauten, im Grünen gelegenen Wohnsiedlungen am Stadtrand, die im Besitz von städtischen Wohnungsbaugesellschaften waren, ihre bisherigen Wohnungen aufgeben mussten und in die innerstädtischen Wohngebiete zogen. So gingen die Berliner Shanghai-Flüchtlinge eben nicht aus diesen modernen und funktional eingerichteten Wohnungen ins Exil. In der Zeit der Verfolgung boten diese zumeist nur kleinen Wohnungen in überwiegend kleinbürgerlichem Milieu erst recht keine Alternative zu den sehr viel flexibleren Wohnungen der innerstädtischen Miethäuser. Die moderneren Wohnungen der 1920er Jahre waren zu eng und nur auf die Lebensform der Kleinfamilie zugeschnitten. Eine helfende Aufnahme von anderen Bedrängten war hier nur schwer möglich. Der Vermieter als eine staatliche Gesellschaft bot den Bedrängten erst recht keinen Schutz. Bereits im Sommer 1935 wurde es Juden untersagt, Mitglieder gemeinnütziger Wohnungsbaunternehmen zu werden. Im Frühjahr 1938 begann die Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft Berlin (GSW) mit der Registrierung ihrer jüdischen Mieter und schuf sich somit die Grundlage zu einer künftigen, schnelleren Kündigung.<sup>6</sup>

So verließ die Mehrheit der Berliner Shanghai-Flüchtlinge ihre Stadt aus Vierteln, Häusern und Wohnungen mit einer *guten Adresse*, in denen der Anschein des Normalen noch einigermaßen aufrechterhalten werden konnte, auch wenn die Regulierungen alltäglicher Verfolgung immer einschneidender wurden. Doch von dem Sozialprestige der *guten Adressen* konnte keiner der Berliner Shanghai-Flüchtlinge mehr zehren. In einer Situation gleichmachender Ausgrenzung und Verfolgung erübrigte sich eine solche soziale Unterscheidung. Das Leben in den eigenen vier Wänden konzentrierte sich auf eine mühselige Bestandssicherung und eine Beschränkung auf das Notdürftigste. Denn seit dem 30. Januar 1933 war für jeden, der von der rassistischen Politik der Nationalsozialisten betroffen war, eine aufsteigende Expansion von Wohnraum und Lebensstil kategorisch ausgeschlossen. Die Berliner und auch die übrigen Shanghai-Flüchtlinge hatten nur das zweifelhafte Privileg, einer Einweisung in 'Judenhäuser', 'Ghettohäuser' und der damit verbundenen Vorbereitung zur Erfassung, Deportation und Vernichtung durch das rechtzeitige Verlassen des Landes zuvorgekommen zu sein.

Die letzten Adressen der Berliner Shanghai-Flüchtlinge klingen auch noch heute elegant, mondän und interessant. Hinter diesen Adressen verbarg sich aber zumeist ein mühseliger Kampf um die Sicherung der eigenen vier Wände, bevor man und frau endlich aus der immer feindlicher werdenden Umwelt entfliehen konnten.

Martin Schönfeld

1 Vgl. Gabriel E. Alexander: Die jüdische Bevölkerung Berlins in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts: Demographische und wirtschaftliche Entwicklungen, in: Reinhard Rürup (Hg.): Jüdische Geschichte in Berlin, Essays und Studien. Begleitveröffentlichung zur gleichnamigen Ausstellung, Berlin 1995, S. 117 ff.

2 Von den 267 Shanghai-Flüchtlingen aus Berlin-Mitte entfielen Personen auf: 96 Spandauer Vorstadt/Scheunenviertel, 84 Alexanderplatz und östlich, 36 Bereich Nordost, 28 Luisenstadt, 12 historischer Altstadtbereich, 11 Unter den Linden etc.

3 Von den 198 Shanghai-Flüchtlingen aus dem Bezirk Prenzlauer Berg entfielen Personen auf: 63 Wörther Platz und Umgebung, 40 Immanuelkirch-Viertel, 39 östlicher Bereich, 28 Nordwesten, 19 Bereich Helmholtzplatz, 9 Ostseeviertel.

4 Esra Bennathan: Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Werner E. Mosse (Hg.): Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, Schriftenreihe wiss. Abh. des Leo Baeck Instituts, Tübingen 1965, S. 92.

5 Angaben nach: Horst Helas: Juden in Berlin-Mitte – Biografien/Orte/Begegnungen, Berlin 2000, S. 233 ff. Die Familie Lehmann überlebte die NS-Zeit in Berlin und ging nicht ins Exil nach Shanghai.

6 Vgl. Ute Daub: Die Stadt Frankfurt am Main macht sich "judenfrei" – Zur Konzentrierung, Verbannung und Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung zwischen 1938 und 1943, in: Monica Kingreen (Hrsg.): "Nach der Kristallnacht" Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938-1945, S. 319 ff., hier S. 346 Anm. 25. Die GSW war 1936 in Berlin aus acht gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften gegründet worden. Ob sich die Berliner kommunalen Wohnungsbaugesellschaften dieser Vergangenheit bereits gestellt haben, ist dem Verfasser nicht bekannt. Die allgemeine Wohnungsknappheit der 1920er Jahre bestand weiterhin, weil seit Anfang der 1930er Jahre der kommunale Wohnungsbau weitgehend zum Erliegen kam. Vgl. zur spezifischen Situation in Berlin Susanne Willems: Stadtmmodernisierung, Wohnungsmarkt und Judenverfolgung in Berlin 1938 bis 1943, Dissertation Ruhruniversität Bochum 1999.

#### **Zur Eröffnung der Ausstellung Haymatloz im Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma Heidelberg am 17. Oktober 2000** Romani Rose

Sehr geehrte Frau Fischer-Defoy, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde,

ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer heutigen Ausstellungseröffnung im Dokumentations- und Kulturzentrum.

Seit der Einrichtung unseres Hauses besteht ein zentrales Anliegen unserer Arbeit nicht zuletzt auch darin, im Rahmen von Ausstellungen und Vorträgen über einzelne Aspekte der NS-Diktatur zu informieren. Dabei greifen wir immer wieder sehr gezielt Themen auf, die trotz ihrer Bedeutung in Vergessenheit geraten oder nur einem relativ kleinen Kreis bekannt sind.

Dies gilt auch für die Ausstellung, die wir hier heute Abend gemeinsam eröffnen: "Haymatloz – Exil in der Türkei von 1933 bis 1945". Es ist das Verdienst dieser Ausstellung, die in vielen Bereichen sehr komplexe Exilforschung durch ein lange Zeit vernachlässigtes Kapitel ergänzt zu haben.

Die Ausstellung zeichnet die Wege von Menschen nach, die aufgrund der politischen Repressionen durch die Nationalsozialisten gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen. Es war die Einladung durch die türkische Regierung, die diesen Flüchtlingen – in einem Augenblick größter existenzieller Sorgen – eine Lebensperspektive gab. Hunderte deutscher Wissenschaftler, Politiker und Künstler leisteten so einen wesentlichen Beitrag zur Modernisierung der Türkei. Bis in die Gegenwart lassen sich Spuren ihrer Mitwirkung in wichtigen gesellschaftlichen und kulturellen Bereichen der türkischen Republik feststellen.

Angesichts der in den vergangenen Jahren nicht immer einfachen deutsch-türkischen Beziehungen ist es der Ausstellung deshalb ganz besonders zu wünschen, dass sie von einer möglichst großen Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Es ist zu hoffen, dass möglichst viele Men-

schen davon erfahren, dass die Türkei einem Teil der Deutschen, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, eine Überlebenschance geboten hat.

Ich denke, dass wir es nicht versäumen sollten, an solche Beispiele, also die Bereitschaft zu Humanität und Hilfe, auch in der Gegenwart immer wieder zu erinnern. Grundsätzlich muss es für einen demokratischen Staat selbstverständlich sein und bleiben, Menschen Zuflucht zu gewähren, die politisch verfolgt werden.

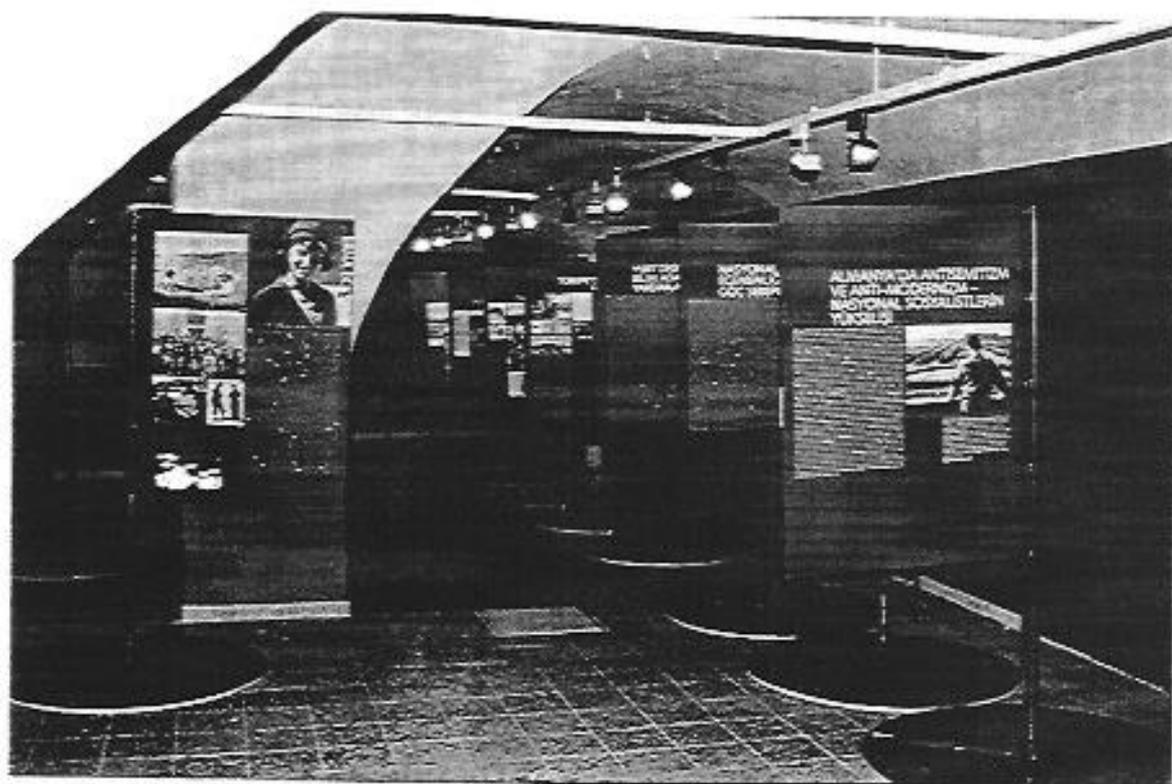
Vor diesem Hintergrund erscheinen nicht nur die Verschärfung des Asylrechts in Deutschland vor einigen Jahren und die damals geführten Debatten umso unsäglich. Auch heute noch scheuen sich Politiker selbst demokratischer Parteien nicht davor, Themen wie Asyl und Fremdenangst für kurzfristige tagespolitische Interessen zu missbrauchen.

Die dramatische Zunahme rechter Gewalt seit 1990 und das lange Zeit versäumte Eintreten gegen Antiziganismus, Antisemitismus und Fremdenhass zeigen wie wichtig es ist, sich dafür einzusetzen, dass das Gebot zur Menschlichkeit auf allen Ebenen des Handelns richtungweisend sein muss.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen nochmals für Ihr Kommen danken und nun das Wort an Frau Fischer-Defoy vom Verein Aktives Museum in Berlin geben. Vielen Dank.



Das Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg  
Foto: Georg Armbrüster



Die Ausstellung Haymatloz – Exil in der Türkei 1933-1945 im Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg, Foto: Georg Armbrüster



7. November 2000: Edzard Reuter berichtet im Rahmen der Ausstellung *Haymatloz* über das Exil in der Türkei, rechts der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma Romani Rose  
Foto: Georg Armbrüster

# Ein Zeichen der Toleranz und der Humanität

Ausstellung „Haymatloz“ im Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma zeichnet das Leben im Exil nach – Schwierige Lage der Frauen

lex. „Gerade jetzt, da fremdenfeindliche und rassistische Angriffe immer häufiger werden und rechte Kräfte sich etwa durch die Halbherzigkeit der Zwangsarbeiterentschädigung oder die Verzögerung eines Mahnmalprojekts eine andere Perspektive eröffnen: die der Fremdenfreundlichkeit, der Offenheit, Toleranz und Gastfreundlichkeit gegenüber Menschen, die ihre Heimat verloren haben.“ Klare Stellung bezog die Mitinhaberin der Ausstellung „Haymatloz - Exil in der Türkei“, Christine Fischer-DeJoy, während der Eröffnung. Ebenso Romant Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma: „Die dramatische Zunahme rechter Gewalt seit 1990 und das lange Zeit verstillte Einreten gegen Antisemitismus, Antislawismus und Fremdenhass zeigen, wie wichtig es ist, sich dafür einzusetzen, dass das Gebot der Menschlichkeit auf allen Ebenen des Handelns nichtungsweisend sein muss.“

Und tatsächlich: die umfangreiche Ausstellung, die noch bis 3. Dezember im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma (Brennereckgasse 2) zu sehen sein wird, zeigt auf beeindruckende Weise die humanitären Leistungen der Türkei gegenüber vom NS-Regime vorfolgenden Deutschen auf. Zwischen 1933 und 1945 ergriffen auf Einladung der türkischen Regierung unter Atatürk über 1000 Deutsche, darunter ein Großteil Wissenschaftler, Politiker und Künstler, in die Türkei. Dort erlebten die Flüchtlinge Heimat, Arbeit und Anerkennung. Die Exil-Ausstellung, organisiert von der Berliner Arbeitsgruppe „Aktives Museum“, zeichnet die Lebens- und Exilgeschichte von 24 teils prominenten, teils unbekannteren Menschen nach.

Die 1923 gegründete Türkische Republik hatte schnell erkannt, welche Chance für den Aufbau und die Modernisierung des wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens die Aufnahme der aus Deutschland und später auch aus Österreich vertreibenen Intelligenz erbrachte. „Die Flüchtlinge



Die Ausstellung „Haymatloz - Exil in der Türkei 1933 bis 1945“ eröffneten Romant Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Christine Fischer-DeJoy (rechts) und die Grüne Bundestagsabgeordnete, Angelika Köster-Loßack. Foto: Welker

waren willkommen als Gutachter und Ratgeber, als Reformen und als Lehrgangsteilnehmer“, hob Fischer-DeJoy hervor. Die Gebildeten genossen entsprechende Privilegien in ihrer „neuen Heimat“ und prägten im Gegenzug das Leben in der Türkei nachhaltig. Ihre Leistungen würden noch heute geschätzt, sagt die Ausstellungsorganisatorin. Die Musiker Paul Hindemith und Eduard Zuckmayer sind hier nur zwei Beispiele unter vielen.

Die Biografien, die alle zweisprachig in deutsch und türkisch gestaltet sind, machen

dagegen auch deutlich, wieviel schwieriger das Überleben in der Türkei für diejenigen war, die nicht zu Prominenz gehörten. Die „kleinen Leute“ waren immer der deutschen Politik ausgeliefert, genossen keinerlei Sonderkonditionen. Ihnen drohte, sofern sie jüdisch waren, zeitweilig die Ausweisung, und falls sich keine staatliche Institution für ihr Verbleiben an Arbeitsplätze einsetzte, wurden sie 1944 in Südamatien interniert, skizzierte Fischer-DeJoy. „Hierin unterschied sich die Türkei nicht von allen

anderen Exil-Ländern.“ Besonders schwierig war die Lage für Frauen, denen oft eine Arbeitsverleiherin verweigert wurde.

Zwei Jahre hat die Arbeitsgemeinschaft „Aktives Museum“ an der Ausstellung gearbeitet und dabei über 1000 Biografien zusammengetragen. Mit heute noch lebenden Exil-Deutschen und deren Angehörigen wurden Interviews geführt, was der Ausstellung ihren eigenen Charakter verleiht. Sie wird damit zu einem Zeitdokument, das durch seine Eindringlichkeit und Offenheit verstärkt durch viele Zitate – wohl sehenswerten sucht. Einen Beitrag dazu leisten auch die persönlichen Gegenstände, die die Biografien ergänzen: Ernst Reuters Kälte, ein Gehörgehöriges von Paul Hindemith oder ein Tonband aus Alfred Joachim Fischers Besitz.

„Es ist das Verdienst der Ausstellung, die in vielen Bereichen sehr komplexe Exilforschung durch ein lang vernachlässigtes Kapitel zu ergänzen“, sagt Romant Rose. Gleichzeitig sei es der Ausstellung zu wünschen, dass sie, gerade angesichts der in den vergangenen Jahren nicht immer einfachen deutsch-türkischen Beziehungen, eine breite Öffentlichkeit erreiche, sagte der Zentralratsvorsitzende. „Wir wollen immer wieder an die Bereitschaft der Türkei zu Humanität und Hilfe erinnern“. Denn grundsätzlich muss es für einen demokratischen Staat selbstverständlich sein und bleiben, Menschen Zurechnung zu gewähren, die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen verfolgt werden.“ Damit kritisierte Rose auch, dass Politiker demokratischer Parteien noch immer Themen wie Asyl und Fremdenhass für kurzfristige, populistische Interessen missbrauchen.

Die Ausstellung ist noch bis 3. Dezember im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma zu sehen. Sie wird begleitet von einem 230 Seiten starken und detailliert gestalteten Begleitbuch.

Rhein-Neckar-Zeitung Heidelberg, 19. Oktober 2000

## Haymatloz - Exil in der Türkei von 1933-1945

Ausstellung des Aktiven Museums Berlin, 8. Januar- 20. März 2000

Wie schon 1981 Außenminister Hans Dietrich Genscher, dann 1990 der Münchner Oberbürgermeister Hahnzog oder jüngst zur Eröffnung der dritten Ausstellung die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John, angesichts von Exponaten zur deutschen Türkei-Emigration, wünschen sich deutsche Politiker zweierlei: Die Aufnahme von Emigranten aus dem nationalsozialistischen Deutschland der 30er und 40er Jahre in der Türkei möge hierzulande als Modell für Toleranz gegenüber heute bei uns Zufluchtsuchenden wirken; zugleich möge die Darstellung des „Emigrantenkapitels“ zum besseren Verständnis zwischen Deutschen und Türken beitragen. Das gegenseitige Verständnis lässt allerdings zu wünschen übrig.

Alle Ausstellungen setzen diesem vor allem auf deutscher Seite und seit einigen Jahren auch in der Türkei zunehmenden Missbehagen eine positive Erfahrung entgegen: Zahlreiche persönliche Äußerungen und Bilder dokumentieren das Gefühl der Dankbarkeit der Deutschen gegenüber der Gastfreundschaft, die sie im türkischen Exil 1933-1945 erlebten. Weniger gut dokumentiert, aber doch gezeigt wird, dass Türken ebenso Dankbarkeit hegen: Auf vielen Bildern sind die Emigranten von türkischen Studenten umringt, die ihr Studium in der Türkei bei deutschen Professoren absolvierten. Einige blieben mit ihren Lehrern ein Leben lang verbunden. Dass die Emigranten ihre Fähigkeiten im Aufnahmeland vor allem in der akademischen Lehre einbrachten, ist eine Besonderheit des türkischen Exils, wo sich vornehmlich Wissenschaftler mit ihren Familien und Mitarbeitern zusammenfanden. Ein Geben und Nehmen wird so manifestiert. Geht also hier die ansonsten so „bittere Freundschaft“ zwischen Türken und Deutschen einmal auf?

Wohl doch nicht. Schön ist, dass wir durch die Berliner Ausstellung viel über das persönliche Leben der Emigranten erfahren, es kommt auch hier - wie schon in der Wanderausstellung - ausführlich das Thema Kindheit und Jugend in der Türkei zur Darstellung. In der Berliner Ausstellung wurde natürlich Ernst Reuter grosse Aufmerksamkeit gewidmet, die Berliner erfuhren viel Neues über ihren berühmten Bürgermeister. - Aber dadurch wird das deutsch-türkische Verständnis nicht besser. Die AutorInnen der erläuternden Katalogbeiträge lassen es weiter ungeklärt, wieso sich die Emigranten in der Türkei im allgemeinen wohl gefühlt haben. Spätestens 1938, so die Autorin zweier Aufsätze, Christine Fischer-Defoy, bot sich für Emigranten in der Türkei ein düsteres Bild. Dass die Türkei kein Einwanderungsland war, was türkische Politiker auch niemals behaupteten, und dass sie - wie andere Länder auch - ihre Einwanderungs- und Ausländergesetze auch strikt anwendete, ist traurig. Allerdings: Die Emigranten, die die Türkei aufnahm, waren ausdrücklich erwünscht.

Doch hier die weiteren „Federstriche“ im Katalog zur Skizzierung des türkischen Hintergrundes der Emigration: Das Armenierpogrom im Osmanischen Reich; die Zwangsumsiedlung von Griechen und Türken entsprechend den neuen Staatsgrenzen; die antijüdischen Ausschreitungen von 1934 in Thrakien; die Vermögenssteuer von 1944, die vor allem vermögenden türkischen Juden die Geschäftsbasis entzog; der Untergang des Flüchtlingsschiffes *Struma* nach seiner Ausweisung aus dem Istanbuler Hafen und schließlich die Weigerung der türkischen Regierung, die Juden unter den in Frankreich lebenden ehemals türkischen Staatsbürgern aufzunehmen, als diese in Frankreich von der Rassegesetzgebung bedroht waren, ihren türkischen Pass aber hatten verfallen lassen. Schließlich gab es neben den türkischen Ausländergesetzen die Massnahmen der deutschen Behörden gegen in der Türkei lebende Reichsangehörige, also deutsche Bürger, denen die Türkei nicht entgegentrat, auch wenn es sich etwa um die Aufforderung zum „Ariernachweis“ handelte.

So richtig bis hierher die Ausführungen, fällt doch auf, dass sich Emigranten von den in Stichpunkten aufgezählten Ereignissen insgesamt nicht selbst betroffen fühlen konnten. Sie kannten nicht die Zusammenhänge wie wir heute, so dass die genannten Ereignisse sich kaum auf ihr Leben in der Türkei auswirkten. Und hätten sie diese Kenntnisse auch gehabt: Weder fühlten sich die Türkei-Emigranten mit den türkischen Juden verbunden (mit Ausnahme von Vroni Gemgross-Bagda oder dem in Istanbul niedergelassenen Arzt Ewald Löwenthal), noch identifi-

zierten sie sich mit dem Schicksal von Ausländern und verständlicherweise wenig mit den Reichsdeutschen in der Türkei.

Es ist sicher ein Verdienst der Ausstellung, die damalige Türkei nicht nur aus der Sicht der manchmal „dankesblinden“ Türkei-Emigranten darzustellen. Objektivität hätte allerdings Schattierungen gebracht, die der Ausstellung fehlen. Wo bleibt der Hinweis auf die aus Spanien vertriebenen Sefarden, die im Osmanischen Reich Aufnahme fanden und in über fünfhundert Jahren in der Türkei eine eigene Identität bewahrt haben? Geradezu grotesk ist angesichts der wichtigen Rolle der Minderheiten in der osmanischen Gesellschaftsordnung die Behauptung, Angehörige der Minderheiten seien im Osmanischen Reich selten in den Staatsdienst übernommen worden. Hierzu nur die Zahl aus der im Katalog falsch zitierten Quelle: Die Beamten-schaft der osmanischen Ministerien bestand, so Gülnihal Bozkurt, noch 1897 zu 44 % aus Angehörigen der Minderheiten. Falsch zitiert ist übrigens auch Riva Kastoryano zur Abwanderung von türkischen Juden nach dem Kriege. Unerwähnt bleibt, dass türkische Vertreter in Frankreich annähernd 3000 Juden türkischer Herkunft mit türkischem Pass die Rückkehr ermöglichten, als ihnen die Deportation drohte. Zum Untergang der *Struma* fehlt der Hinweis auf Englands massgebliche Verantwortung bei der Ablehnung der Landeerlaubnis, fehlen u.a. die von der Türkei aus gelungenen Passagen der Flüchtlingsschiffe *Mirchea*, *Michai*, *Salah-a-Din* und *Taurus*. Wohlgermerkt: Die Türkei war neutral, das hiess aber angesichts deutscher Okkupationspläne, dass sie auf die Alliierten angewiesen war. Daran sind Zahlen zu messen: 16.474 Menschen gelangten während des Krieges von der Türkei aus auf offiziellem Weg nach Palästina, weitere 75.000 passierten (so der Historiker Stanford Shaw) die Türkei illegal gegen den Widerstand der Engländer, im Sprachgebrauch des Kataloges „eine beschränkte Zahl“. Auch die Aktivitäten der Hilfsorganisationen, die für die Emigration nach Palästina nur noch von der Türkei aus operieren konnten, bleiben unausgeführt, obwohl Emigranten wie Albert Eckstein und Hans Wilbrandt sie unterstützt haben.

Was nun die Emigration selbst betrifft, so informieren die InitiatorInnen über den nationalsozialistischen Rassenterror im Inland und vor allem über seine ins Ausland verlängerten „Arme“ in vielen Einzelheiten. Maßnahmen wie Passentzug und Ausbürgerung durch das NS-Regime trafen auch die deutschsprachigen (österreichischen und deutschen) Emigranten in der Türkei. Dass diese dementsprechend ihre Ausländergesetzgebung zum Zweck der Judenausweisung verschärfte und damit staatenlose Juden bevorzugt ausgewiesen hätte (so der Katalog), entspricht nicht den Tatsachen. Leider zitiert der Katalog nicht sind die Resultate der NS-Behörden, so z.B. dass damals in manchen politischen Kreisen zwar eine antijüdische Stimmung festzustellen war, aber ein antijüdischer Rassismus in der Türkei weder Tradition hatte noch in „die demokratische Doktrin“ der (kemalistischen) Staatsführung passte. Auch hier haben die AutorInnen der Ausstellung darauf verzichtet, einen positiven Kontrast zwischen NS-Deutschland und der Türkei darzustellen.

Richtig ist, dass der türkische Staat die Aufnahme von Flüchtlingen des NS-Regimes generell ablehnte. Richtig ist auch, dass im Zuge der Nationalisierung der türkischen Wirtschaft eine immer striktere Arbeitsplatzpolitik gegenüber Ausländern betrieben wurde. Der Aufenthalt von Ausländern, also auch von Reichsdeutschen, war an Arbeitsverträge gebunden, deren Ablauf die Ausweisung brachte, gerade dann, wenn die türkischen Behörden einen Emigrantenstatus nicht feststellten und die betreffenden als deutsche Staatsbürger galten. Dies z.B. dann, wenn Deutsche nicht vorher, sondern während ihres Aufenthalts in der Türkei erstmals von den Rassegesetzen erfasst und aus deutscher Sicht als Juden zu Emigranten wurden. Der Eintrag *haymatloz* im Pass bedeutete demgegenüber, dass die türkischen Behörden die Staatenlosigkeit der Betroffenen registriert hatten und der türkische Staat ausländische oder gar deutsche Aktivitäten durch Emigranten nicht zu befürchten hatte. Die Staatenlosigkeit als solche verdüsterte das Schicksal von Emigranten also im allgemeinen keineswegs, denn ihre zu erwartende, allerdings notgedrungene Loyalität war funktional für den Arbeitgeber - und das war auch bei Industrieunternehmen in der Regel der türkische Staat. Die Bedingung der Einreise war der Arbeitsvertrag, und dies hieß bei der gezielten Selektionspolitik der im Aufbau befindlichen Türkei, dass hauptsächlich Wissenschaftler und Techniker angestellt wurden. Mitreisende Angehörige hatten von

vomherein Berufsverbot. Es gab also nicht wie in anderen Aufnahmeländern während der NS-Zeit eine große Anzahl von Menschen ganz unterschiedlicher Berufe, Gewerbetreibender und Handwerker, die als Flüchtlinge, zumal als weniger Prominente, den Wechselbädern der türkischen Politik ausgesetzt waren. Wohl ist es ein Verdienst der Ausstellung, auch Fälle von Türkei-Emigranten vorzustellen, die zwischen die deutsche Rassepolitik und die türkische Ausländerpolitik gerieten. Nur entdecken die AusstellerInnen nicht allein dadurch eine neue Türkei-Emigration, dass sie jenseits bisheriger Emigrationsforschung die Daten ihrer begrenzten Stichprobe verallgemeinern. Die Ausstellung schlägt damit zugleich die Chance aus, den deutsch-türkischen Dialog zu versachlichen.

Regine Erichsen

aus: Neuer Nachrichtenbrief der Gesellschaft für Exilforschung e.V. Nr. 15, Juni 2000

**Antwort auf Regine Erichsen Rezension der "Haymatloz"-Ausstellung des Vereins Aktives Museum in: Neuer Nachrichtenbrief der Gesellschaft für Exilforschung e.V., Nr. 15 (Juni 2000), S. 10-13.**

Mit dem Satz: "Die Ausstellung schlägt damit zugleich die Chance aus, den deutsch-türkischen Dialog zu versachlichen", beendet Regine Erichsen ihre Kritik an der Ausstellung "Haymatloz", die im Januar 2000 in Berlin gezeigt wurde. Als Ursache dafür nennt die Historikerin, die selbst zur deutschsprachigen Emigration in die Türkei publiziert, die Verallgemeinerung "begrenzter Daten" und das "Fehlen von Schattierungen", genauer: von positiven Schattierungen – und zwar hauptsächlich im Hinblick auf die Darstellung der Geschichte der religiösen Minderheiten im Osmanischen Reich und der Türkei.

Der offiziellen türkischen Darstellung der eigenen Geschichte läuft diese Darstellung in manchen Punkten zuwider und widerlegt in ihrer Gesamtheit auch den Mythos vom "traditionell guten Verhältnis" zwischen der jüdischen Minderheit und der islamischen bzw. säkularisierten Staatsgewalt in der Türkei; einem guten Verhältnis, das angeblich mit der Aufnahme der aus dem christlichen Abendland ins Osmanische Reich flüchtenden Sephardim vor mehr als 500 Jahren begann.

Dieser Mythos scheint auch Regine Erichsens Geschichtsbild entscheidend zu prägen. Nicht anders ist zu erklären, dass auch sie die Aufnahme von ca. 50.000 Sephardim 1492 als Ausgangspunkt dieser Darstellung der Beziehungen zwischen jüdischer Minderheit und türkischem Staat sehen will. In ihrem Bemühen, die in der Ausstellung dargestellten, nicht immer positiven historischen Fakten in Bezug auf das Verhältnis von türkischer Staatsgewalt und religiöser Minderheit "positiv" umzudeuten bzw. zu ergänzen, schreckt sie dabei vor einer Reihe Falschaussagen nicht zurück, die nicht mehr nur als Irrtümer zu bezeichnen sind, sondern als bewusste Täuschung ihrer Leser/innen gelten müssen.

So behauptet sie z.B. fälschlich, die Aussagen eines Aufsatzes der türkischen Professorin Gülnihal Bozkurt zum Rechtsstatus der jüdischen Minderheiten im Osmanischen Reich und ihrer Teilnahme an der Regierungsgewalt seien in der Ausstellung nicht richtig wiedergegeben worden. Sie selbst benutzt den Aufsatz – wiederum falsch – als Beleg für die dort nicht zu findende Angabe, dass Angehörige der Minderheiten 1897 44 Prozent der osmanischen Beamenschaft stellten, was ihrer Aussage nach, die "wichtige Rolle der Minderheiten in der osmanischen Gesellschaftsordnung" beweist. Richtig ist: in der zu diesem Thema im Ausstellungstext angegebenen Quelle, Esther Benbassas und Aron Rodrigues ausgezeichnete Studie "The Jews of the Balkans", ist nachzulesen, dass 1885 nur 0,44 Prozent der jüdischen, 0,38 Prozent der griechischen, 0,58 Prozent der armenischen sowie 4,67 Prozent der katholischen männlichen Bevölkerung im osmanischen Staatsdienst beschäftigt waren, und diese Zahlen weder für die Zeit vorher noch für die Zeit nachher wesentlich höher einzuschätzen sind.

Auch was die Abwanderung der Mehrheit türkischer Jüdinnen und Juden nach der Gründung des Staates Israel angeht, die Riva Kastoryano in "From Millet to Community" als "bedeutendste Welle der Emigration, die die Anzahl der in der Türkei lebenden Juden beträchtlich verringerte"

bezeichnet (von ca. 77.000 im Jahr 1945 auf ca. 20.000 im Jahr 1989), so behauptet Regine Erichsen ohne weitere Angaben, dies würde im Katalog "falsch zitiert".

Die Anhäufung falscher Angaben und Daten – die berühmte "Vermögenssteuer" etwa wird von 1942 auf 1944 datiert! – zu korrigieren, würde hier zu weit führen. Es sind daher nicht die Ausstellungsmacher/inn/en, die facettenreich individuelle Emigrantenschicksale in den allgemeinen politischen und sozio-kulturellen Rahmen der deutsch-türkischen Geschichte einzubetten wussten, die sich eine eingeschränkte Sichtweise und grobe Verallgemeinerungen vorwerfen lassen müssen, sondern die Kritikerin selbst.

Es drängt sich die Frage auf, warum eine Fachautorität wie Regine Erichsen so vehement Mythenpflege statt Wissenschaft betreibt und warum auf derart dilettantische, leicht zu durchschauende Weise: Cui bono?

Mirjam Schmidt

### Der Streit um Namen – nun auch in Frankfurt am Main

Ein Disput um Margarete Schütte-Lihotzky

Es gab Zeiten in Berlin, da tobte der Streit um Straßen und sonstige Namen quer durch alle politischen Lager. Die Sieger der Geschichte stellten nicht nur Ulbricht, Grotewohl und Pieck auf den Prüfstand. Auch manchem Opfer des Nazi-Regimes, das aus der kommunistischen Arbeiterbewegung kam und bereits vor 1945 sein Leben lassen mußte, wurde noch nachträglich Mauerbau und Grenzregime zum Vorwurf gemacht. Es gab Zeiten in Berlin, da wurden Grabenkämpfe darum geführt, ob die U-Bahnstation nun Nordbahnhof oder Zinnowitzer Straße heißen soll. Und es gibt auch heute noch einen aktuellen Disput um einen früheren Ehrenbürger der Stadt, den seine Leidenschaft für schnelle Motorräder bereits vor mehr als 55 Jahren das Leben kostete. Allerdings geht es um einen Mann, Nikolai Bersarin ist sein Name, der nicht für den Aufbau einer Diktatur in Deutschland sorgte, sondern damit befaßt war, die Diktatur in Deutschland zu zerschlagen und ihre Folgen soweit wie möglich zu mildern. Natürlich war auch dieser Mann nur ein Glied eines größeren Systems und er kam nicht nur im Namen der Anti-Hitler-Koalition, sondern auch in Diensten eines anderen diktatorischen Systems. Und weil man ihm aus argumentatorischen Gründen das Mit-Funktionieren im Sowjetstaat schlecht zum Vorwurf machen kann, hat vor kurzem die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Detail nachgewiesen, daß Bersarin nicht nur eine Marionette Stalins war, sondern auch eine solche von Walter Ulbricht (Jochen Staadt: Die Legende vom Stadtkommandanten B., 30.9.2000). Willkürliche Ein- und Ausweisungen aus Wohnhäusern, die der Ulbricht'schen Funktionärselite zugedacht waren, sind der FAZ Grund genug, den ungewünschten Russen für immer aus der Ehrenbürgerliste der Stadt zu verbannen. Zwar werden die Leistungen Bersarins hinsichtlich Versorgung und Wiederherstellung von Sicherheit in der Stadt Berlin en passant akzeptiert, aber die Kungelei mit den aus Moskau kommenden deutschen Kommunisten ist für die *Zeitung für Deutschland* nicht zu entschuldigen. Dabei zeigt gerade die Recherche der FAZ eine mögliche Entschuldigung auf: So waren es doch Kommunikationsprobleme, die es dem sowjetischen Generaloberst, zumal des Deutschen nicht mächtig, erschwerten, die Absichten seiner deutschen Genossen zu durchschauen. Die Feststellung, daß Bersarin eine Marionette Ulbrichts gewesen sei, kann da nicht mehr überraschen. Wie schade nur, daß der sowjetische Generaloberst nicht genauso klug und wohlinformiert war wie die Redakteure der FAZ und gleich Bescheid wußte: Ulbricht ist der Diktator. Die FAZ hat zumindest ihr Ziel erreicht: Nikolai Bersarin wurde endgültig aus der Ehrenbürgerliste der Stadt Berlin gestrichen.

Und was hat das alles mit Frankfurt am Main zu tun? Soll dort etwa die Zeil in Hermann-Josef-Abs-Allee umbenannt werden oder steht der Schaumainkai zur Disposition und soll fortan Friedrich-Flick-Promenade heißen? Ganz so schlimm wird es nicht kommen und mit diesen Namen hätte die CDU-Fraktion im Frankfurter Rathaus sicherlich keine Probleme. Bei Männlichkeiten

auf den Straßenschildern ist Mann großzügig. Wenn es aber um Frauen geht, schaut Mann genauer hin. Und eine solche stand in Frankfurt auf der Vorschlagsliste von SPD und Bündnis90/Die Grünen. Dabei bot die Namenskandidatin auch konservativen Herren manchen Vorzug. Schließlich hat sie sich um die Entwicklung der deutschen Küchenkultur verdient gemacht. Doch was sich hier zunächst so heimelig anhört, hat einen Makel. Die Frau, um die es geht, war von 1930 bis 1937 in der Sowjetunion.

1926 wurde die junge Wiener Architektin Margarete Lihotzky (1897-2000) von dem damaligen Stadtbaurat Ernst May ins Frankfurter Bauamt berufen. In der Abteilung für Typisierung des Wohnungsbaus entwickelte sie auf der Grundlage der Taylorschen Arbeitsrationalisierung eine Muster-Küche, die bis Anfang der 1930er Jahre in circa 10.000 Wohnungen des kommunalen Frankfurter Wohnungsbaus eingebaut wurde. Als *Frankfurter Küche* ist Margarete Lihotzkys Erfindung in die Architektur- und Design-Geschichte eingegangen. Margarete Lihotzky hatte das entwickelt, was sich heute in jedem Haushalt findet: die moderne Einbauküche. Bezeichnenderweise erhielt sie für ihre Lebensleistung Anfang der 1990er Jahre, neben den vielen anderen Auszeichnungen, der Ehrendoktorwürde der TU Berlin, den Ikea-Design-Preis, dessen Stifter eine Nähe zu Kommunismus und Stalinismus nur schwer nachgesagt werden kann. Doch war ihre *Frankfurter Küche* nicht für die klassische Hausfrau gedacht. Die *Frankfurter Küche* sollte der berufstätigen, emanzipierten, modernen Frau die mühsame Haushaltsarbeit erleichtern. Sie sollte auch die Baukosten senken und damit den Arbeiterinnen und Arbeitern einen geringeren Mietpreis abverlangen. Architektonische und gesellschaftliche Entwicklung fanden hier zu ihrer der modernen Demokratie entsprechenden Übereinstimmung. Gestaltung sollte keine hohle Repräsentation sein, sondern den Menschen in ihrer sozialen Existenz eine Hilfestellung bieten. Als durch die Weltwirtschaftskrise bedingt 1929 die städtische Bautätigkeit in Frankfurt/Main zum Erliegen kam, suchten die Frankfurter Architekten um Ernst May ein neues Aufgabenfeld. 1930 nahmen sie ein Angebot der sowjetischen Regierung an, beim Aufbau neuer Industriestädte mitzuwirken. Zu dieser Gruppe unter Leitung des Architekten Ernst May gehörten auch Margarete Lihotzky und ihr Ehemann Wilhelm Schütte (1900-1968). Diese waren nicht die einzigen deutschen Architekten, die mit Sympathie die Überwindung des alten Rußland in der jungen Sowjetunion verfolgten. Auch Bruno Taut arbeitete 1932 in Moskau und beteiligte sich an sowjetischen Architekturwettbewerben. Das erste große Projekt, bei dem die *Brigade May* – unter diesem Namen ist die 17 Architekten umfassende Gruppe in die Architekturgeschichte eingegangen – eingesetzt wurde, war der Aufbau der Stahlstadt Magnitogorsk. Auf ihren Reißbrettern in Moskau entwickelten die Architekten eine völlig neue Stadt. Zeitweilig fuhren sie in das karge Gelände am Ural, wo sie die Umsetzung ihrer Pläne besichtigten. Den Umständen entsprechend stellten sie an ihren dortigen Aufenthalt keine Ansprüche. Wo noch nichts war, konnten die Architekten auch nichts erwarten. Ihre Einquartierung in erbärmlichen Bauwagen nahmen sie als Selbstverständlichkeit hin. Was werden sie nun dort gesehen haben auf den Baustellen? Sicherlich die üblichen Gerüste, den normalen Morast, Gruppen von Arbeitern, die auf Rohbauten schufteten. Sie werden auch die enormen Fabrikanlagen besichtigt und werden einen Eindruck von Straßen- und Erdarbeiten erhalten haben. Das alles werden sie gesehen, aber nicht in Frage gestellt haben. Denn schließlich ging es um den Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaft, in der die neue Industriestadt eine wichtige Rolle spielen sollte. Und den künftig dort lebenden Arbeiterinnen und Arbeitern wollten die deutschen Architekten mit ihren Bauten humane Arbeits- und Wohnstätten zur Verfügung stellen. Daß dafür gewaltige Anstrengungen erforderlich waren, war ihnen selbstverständlich. Sie werden sicherlich nicht danach gefragt haben, wo die im künftigen Magnitogorsk schuftenden Menschen her- und wie diese mit den dortigen Arbeitsbedingungen zurechtkamen. Das Pathos der Aufbau- und Pionierarbeit wird solche kritischen Fragen unweigerlich verdeckt haben. Ihre Aufmerksamkeit gehörte den möglichen positiven Perspektiven und nicht der trüben Gegenwart und ihrer brutalen Abgründe. Und woher hätten die deutschen Architekten damals wissen können, daß die in Magnitogorsk eingesetzten Arbeiter nicht freiwillig dort waren? In der *Prawda* hätten sie das garantiert nicht lesen können, abgesehen davon, daß sie die russische Sprache nicht beherrschten. Deutsche, französische oder englischsprachige Zeitungen werden sie auch in Moskau nicht leicht erhalten haben. Von Unrecht und Verhaftungen werden die Dolmetscher und ihre der deutschen Sprache mächtigen russischen Kollegen allein aus Vorsichtsgründen nichts erzählt haben. So lebte die *Brigade May*

in einer unweigerlich isolierten Situation. Eine angemessene Einschätzung der damaligen Lage, in der sich die deutschen Architekten in der Sowjetunion befanden, ist heute nur schwer möglich. Die allgemeine Ärmlichkeit, Ungepflegtheit und schlechte Bekleidung der Bevölkerung, die Walter Benjamin bereits bei seinem Moskuaufenthalt Anfang der 1930er Jahre beobachtete, werden Margarete Schütte-Lihotzky und ihre Kollegen zu noch größeren Anstrengungen in ihrer Arbeit veranlaßt haben. Denn schließlich wollten sie mithelfen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Sowjetunion grundlegend zu verbessern. Die Situation der deutschen Experten in der damaligen Sowjetunion pendelte also zwischen unfreiwilligem Nichtwissen und programmatischem Optimismus. Eine solche Melange sprach aus allen Äußerungen von Margarete Schütte-Lihotzky über ihre Zeit in der Sowjetunion: "das unglaubliche Bautempo dort, der Enthusiasmus der Menschen auf den Baustellen. Unsere Aufgabe war, Magnitogorsk aufzubauen, 5000 Kilometer von Moskau entfernt ... hierfür sollten wir nun eine große Arbeiterstadt projektieren – für 200.000 Menschen. ... Jeder, der damals als Ausländer in der Sowjetunion gelebt hat, erfuhr von den Verhaftungen ... wir kannten die Leute, russische Ingenieure, nicht persönlich und dachten uns nichts weiter dabei, als, die seien eben straffällig geworden." (Der Tagesspiegel, 23.1.1997) Die offizielle Propaganda um den ersten Trotzisten-Prozeß im Sommer 1936 wird für die deutschen Architekten nicht zu einer Klärung der aktuellen innenpolitischen Lage geführt haben. Denn als ausländische Experten konnten sie sich zumindest sicherer als die Einheimischen fühlen. Entscheidender wird für sie die allmähliche offizielle Ächtung des von ihnen vertretenen modernen Funktionalismus gewesen sein. Sie sahen, daß ihre künstlerischen Möglichkeiten zunehmend eingeschränkt wurden und ihre Entwürfe nicht zur Ausführung gelangten. Diese Entwicklung wird auch für Margarete Schütte-Lihotzky und ihrem Mann Wilhelm Schütte mit ein Grund gewesen sein, die Sowjetunion 1937 zu verlassen. Die Wiener Architektin selbst führte stets das Auslaufen ihrer reichsdeutschen Pässe an. Die Deutsche Botschaft in Moskau verlängerte diese nur für jeweils ein halbes Jahr mit alleiniger Gültigkeit für die Sowjetunion und dem Deutschen Reich. Doch Margarete und Wilhelm Schütte wollten nicht ins nationalsozialistische Deutschland zurückkehren und fuhren über Odessa und Istanbul nach Paris, wo sie ihre Pässe regulär für weitere fünf Jahre verlängern konnten. Der Vollständigkeit halber ist hier noch anzumerken, daß sie seit 1938 in der Türkei an der Akademie der Schönen Künste als Architekten arbeiteten, von dort aus den Widerstand der Kommunistischen Partei Österreichs unterstützten, Margarete Schütte-Lihotzky im Januar 1941, während eines Aufenthaltes in Wien, von der Gestapo verhaftet und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. (Vgl. Ausstellungskatalog *Haymatloz Exil in der Türkei 1933-1945*, S. 84-85 sowie S. 182-185)

Margarete Schütte-Lihotzky hat ihre individuelle Situation in der Sowjetunion nie zum Thema gemacht. Ihr ging es stets um ihre Arbeit als Architektin und um das für sie damit verbundene gesellschaftspolitische Wirken. Ob die Verhältnisse in der damaligen Sowjetunion beängstigend auf sie wirkten, ob ihre Ausreise aus der Sowjetunion einer Befreiung aus einer allmählich fesselnden Stagnation gleichkam, ob sie Stalin liebte oder haßte, das alles war von ihr nicht zu erfahren. Doch eine fehlende öffentliche Distanzierung zur Sowjetunion der 1930er Jahre reicht nur einem willkürlichen inquisitorischen Ankläger dazu aus, in Margarete Schütte-Lihotzky eine "bekennende Stalinistin" zu entdecken, wie es der CDU-Fraktionsgeschäftsführer im Frankfurter Stadtparlament tat (Frankfurter Rundschau, 7.6.2000). Der CDU-Abgeordnete Thomas Rätzke verstieg sich sogar dazu, Margarete Schütte-Lihotzky postum vorzuwerfen, daß sie die Zwangsumsiedlungen und den Arbeitseinsatz von politischen Häftlingen beim Aufbau von Magnitogorsk "blind mitgetragen" habe. Dies ausgerechnet einer Frau zu unterstellen, die viereinhalb Jahre von Januar 1941 bis zum Mai 1945 in den Zuchthäusern der Nazi-Diktatur einsaß, weil sie erkannt hatte, daß gegen das nationalsozialistische Regime etwas unternommen werden mußte, zeigt, wohin die selbstbewußt verkündete *Gnade der späten Geburt* führt. Daß ausgerechnet die CDU das Mitläufertum in politischen Diktaturen als ihr ureigenstes Thema entdeckt hat, wirkt wenig überzeugend. Dann hätte sie konsequenterweise die Umbenennung von mindestens 50 Prozent aller bereits vorhandenen Straßennamen beantragen müssen. Auch ein Ernst-May-Platz in Frankfurt-Bornheim wäre dann eine Unmöglichkeit. Schließlich hat auch Ernst May während seines Aufenthaltes in der Sowjetunion es versäumt, einen Volksaufstand zu organisieren und Stalin aus dem Kreml zu vertreiben. Ja noch besser, all die Siedlungen des *Neuen Frankfurt* der 1920er Jahre gehörten dann unter die Abrißbirne. Diese Widersprüche zeigen die ganze

Verlogenheit einer solchen unhistorischen Argumentation auf und man möchte der Frankfurter CDU schon beinahe zugute halten, daß es ihr in Wahrheit nur um die Länge der Frankfurter Straßennamen geht und sie sich einfach nicht getraut hat, diesen eigentlichen so einfachen Ablehnungsgrund zu offenbaren.

Doch die in der Öffentlichkeit vorgetragene dreist anmaßende Bewertung eines Menschenlebens verunsicherte sogar die FDP-Abgeordneten im Frankfurter Römer. Und das, obwohl sich zuvor selbst die Frankfurter CDU-Oberbürgermeisterin Roth für eine Straßenbenennung nach Margarete Schütte-Lihotzky ausgesprochen hatte. Immerhin vertagte der Frankfurter Haupt- und Finanzausschuß am 6. Juni 2000 seine Entscheidung. Eine Blitzrecherche veranlaßte die FDP-Abgeordneten, zwei Tage später dem SPD/Grünen-Antrag zuzustimmen. Die CDU-Fraktion aber hielt an ihrer Ablehnung fest und nannte Schütte-Lihotzky weiterhin eine "Stalin-Verehrerin" (Frankfurter Rundschau, 8.6.2000).

Es scheint, der Skandal hätte ein positives Ende gefunden. Doch ist damit noch keine Straße nach Margarete Schütte-Lihotzky benannt. Der positive Beschluß des Frankfurter Stadtparlaments sagt nur, daß der Name in einen Katalog aufgenommen wird, aus dem neu zu benennende Straßen benannt werden. So bleibt es also abzuwarten, ob die Stadt Frankfurt/Main den Mut aufbringt, zumindest symbolisch würdigend der Architektin das zurückzugeben, was Margarete Schütte-Lihotzky mit ihrer *Frankfurter Küche* und all den anderen Bauten der Mainmetropole bereits vor 75 Jahren gegeben hat.

Martin Schönfeld

## Die Nazizeit im Leichenschauhaus

### Zur Darstellung der NS-Zeit im Berliner Filmmuseum

Am 26. September 2000 wurde das Filmhaus in Berlin eröffnet. Zu sehen ist eine neu konzipierte Dauerausstellung zur Geschichte des deutschen Films, in die eine Präsentation des umfangreichen Nachlasses von Marlene Dietrich integriert ist. Zwei Aufgaben waren so zugleich zu erfüllen: Neben der Information über die Geschichte des Films anhand der akribisch zusammengetragenen Fundstücke der Stiftung Deutsche Kinemethek galt es, das geradezu voyeuristische Bedürfnis der Öffentlichkeit zu befriedigen und möglichst viele der Kostbarkeiten aus der "Marlene Dietrich Collection Berlin" zu zeigen.

Der Ausstellungsgestalter Hans Dieter Schaal hat diese Aufgabe gelöst, indem mehrere Räume innerhalb der chronologischen Anordnung der Präsentation ausschließlich den Kostbarkeiten dieser nach Berlin zurückgekehrten Schatztruhe gewidmet sind.

Brüche sind dabei unvermeidlich, so, wenn man aus dem Skandal um Marlene Dietrichs Berlin-Besuch 1960 wieder zurück in die NS-Zeit gestürzt wird, um vor einem Modell des Olympiastadions etwas über Leni Riefenstahls Olympia-Film zu erfahren. Als "missing link" fungiert ein Foto aus den 20er Jahren, auf dem Marlene Dietrich und Leni Riefenstahl gemeinsam zu sehen sind.

Der eigentliche Raum für die Darstellung des Films in der NS-Zeit schließt sich daran an: Er gleicht einem chromblitzenden, tiefgekühlten Leichenschauhaus mit Schubladen bis unter die Decke. Ein Bild dafür, daß wir Deutschen bei der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit noch viele "Leichen im Keller haben"? Geschichte wirkt hier wie weggesperrt – zugänglich nur für diejenigen, die sich trauen, eine oder mehrere der Schubladen aufzuziehen und nachzusehen, was sich in ihnen verbirgt. Wer wird hier vor wem geschützt – die NS-belasteten Dokumente vor dem neugierigen Blick der Ausstellungsbesucher – oder diese vor dem bisher schwierigsten Kapitel deutscher Filmgeschichte? Wer diesen Teil der deutschen Geschichte nicht wahrnehmen will – geht weiter, wieder in die bunte Welt von Kinoplaten und Starfotos aus der Nachkriegszeit.

Anzumerken bleibt auch, dass der sicher verblüffendste Teil der Ausstellung, der Eingangsbereich mit seinen sich ins Unendliche spiegelnden Filmprojektionen, für jeden, der das "Children's Memorial" in der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel kennt, einen schlechten Beigeschmack

bekommt: Dort ist es eine einzelne flackernde Kerze, die einen unendlichen Sternenhimmel hervorbringt, während Stimmen die Namen ermordeter Kinder ins Gedächtnis zurückrufen.

Christine Fischer-Defoy

Rezension: **Regina Scheer** Es gingen Wasser wild über unsere Seele – Ein Frauenleben  
Aufbau Verlag, Berlin 1999

Regina Scheer hat ein Buch geschrieben über Hanna Ullmann, genannt Hanni, die heute über neunzig Jahre alt ist und das berühmte Kinderheim "Neve Hannah" in Israel gegründet hat. Bevor Hanni Ullmann nach Israel auswanderte, weil sie den zionistischen Traum von einem guten und gerechten Staat der Juden verwirklichen wollte, lebte sie in Berlin und war Erzieherin im jüdischen Kinderheim AHAWA in der Auguststraße. Von diesem Haus handelte das erste Buch von Regina Scheer (Ahawa, das vergessene Haus, Berlin 1993) und mit diesem Haus beginnt auch das zweite Buch. Es erzählt die Geschichte einer Frau, deren Leben scheinbar geradlinig verlief, "das doch mitten durch dieses zerrissene Jahrhundert führt, mit all seinen Brüchen und der Erfahrung von Ausgrenzung, Krieg und Vertreibung".

Die energische, tatkräftige Hanna Ullmann hat ihr ganzes Leben den Kindern gewidmet. Nicht so sehr ihren eigenen Kindern, die dabei sogar ein wenig zu kurz gekommen sind, sondern vor allem den entwurzelten, traumatisierten verwaisten, den verlassenen und vernachlässigten Kindern, die ihre Liebe und ihren Schutz benötigten. In der Berliner AHAWA waren es Pogromwaisen aus Osteuropa und die Kinder armer Mütter aus dem Scheunenviertel. 1934 zog die AHAWA nach Palästina um und dorthin kamen nur wenige Jahre später die Flüchtlingskinder aus dem kriegsgeschüttelten Europa. Es folgten nach dem Ende des Krieges die Mädchen und Jungen, die dem Ghetto oder dem Lager entronnen waren. Später, als Hanni Ullmann ihr Heim "NEVE HANNAH" in Kiryat Gat am Rande der Wüste gegründet hatte, fanden bei ihr verstörte Kinder aus zerrütteten Einwandererfamilien Zuflucht.

Regina Scheer, die zu Hanni Ullmann nach Kiryat Gat reiste und sie auch während ihrer Besuche in Berlin begleitete, verknüpft in ihrem Buch die eigenen Beobachtungen aus der Gegenwart mit den vielschichtigen Erinnerungen der alten Frau. Die Schicksale vieler Kinder sind so in die Lebensgeschichte Hanni Ullmanns hineingewoben. Wir erfahren etwas über Malka, die nach ihrer Ankunft auf einem rumänischen Flüchtlingsschiff von ihren Geschwistern getrennt wurde und dies ihren Erzieherinnen nie verzieh, über Arie, der später in Paris studierte und immer nach seiner Mutter suchte, über Leah, die blasse Tänzerin, die ihr eigenes Kind fortgab, wie ihre Mutter es mit ihr getan hatte. Es sind Geschichten, die Hanni Ullmann beim Erzählen froh oder traurig machten, Geschichten von geglückter Hilfe und vom Scheitern.

Das Buch von Regina Scheer hat darüber hinaus noch viele andere Facetten. Es handelt von Israel und von den gescheiterten Jugendträumen der Einwanderin Hanni Ullmann, es handelt auch von Deutschland. Einem Deutschland, das es nicht mehr gibt und das nur noch in den Menschen fortlebt, die damals von hier fortgingen und in Israel altgeworden sind.

Im ersten Kapitel erzählt die Autorin, wie sie zusammen mit Hanni Ullmann durch die Winterfeldstraße geht, um dort das Haus zu suchen, in dem sie als Kind und junges Mädchen mit ihren Eltern gelebt hatte. Regina Scheer war zuvor nur einmal in einem Haus in dieser Straße gewesen und hatte dort Marc und Gisela besucht, zwei aus der achtundsechziger Generation, die lange Zeit in Venezuela gelebt hatten. Marcs Eltern sind jüdische Emigranten. Ausgerechnet in diesem Haus und in dieser Wohnung hatte Hanni Ullmann früher gelebt, als sie noch Hanni Risch hieß. Ein Zufall natürlich und auch wiederum keiner. Denn in dieser vielschichtigen Erzählung hängt jedes mit jedem zusammen, auf eine Weise, die sich nicht immer auf den ersten Blick offenbart. Bezugspunkt und Anziehungspunkt aller beschriebenen Ereignisse, Beobachtungen, Begegnungen mit Menschen ist die Persönlichkeit von Hanni Ullmann. Für ihre Lebensgeschichte hat Regina Scheer ein Motto aus der Bibel gefunden. Es ist ein Satz aus dem 124. Psalm, Davids Lied:

"Es gingen Wasser wild über unsere Seele". Immer wieder kommt die Autorin auf diesen Psalm zurück und sie ergänzt an manchen Stellen das Fragment: "Unsere Seele ist entronnen wie ein Vogel dem Stricke des Voglers: Der Strick ist zerrissen und wir sind los."

Annette Leo

P.S. Hannah Ullmann erhielt 1999 das Bundesverdienstkreuz. Am Haus in der Auguststraße wurde auf Initiative des Vereins Aktives Museum eine Gedenktafel zur AHAWA angebracht.

### **Zeitzeugen des Naziterrors gesucht**

**Reinickendorf.** Im Rahmen eines ABM-Projektes erforscht die "AG Reinickendorf 1933-1945" im Auftrag des Kunstamtes den Terror im Bezirk während der Nazizeit. Die Ergebnisse sollen in einer Ausstellung und in einer Publikation vorgestellt werden. Gleichzeitig trägt das Team Interviews mit Zeitzeugen, Originalgegenstände, Fotos und andere Dokumente für das Heimatmuseum zusammen. Zeitzeugen können sich unter 404 40 62 mit dem Kunstamt in Verbindung setzen. (aus: Der Tagesspiegel 26.10.2000)

### **Vorankündigung: Ernst Thälmann**

Nach mehr als sieben Jahren ist es gelungen, die Beiträge des Thälmann-Symposiums vom Juni 1993 zu veröffentlichen. Sie erscheinen als Band der niederländischen Zeitschrift 'German Monitor'. Eine öffentliche Vorstellung des Buches wird im Frühjahr 2001 erfolgen. Der Band enthält folgende Beiträge:

Ernst Thälmann und die DDR

**Peter Monteath**

Das schwankende Thälmann-Bild

**Hermann Weber**

Liturgie statt Erinnerung: Die Schaffung eines Heldenbildes am Beispiel Ernst Thälmanns

**Annette Leo**

Ernst Thälmann – Mythos und Realität

**Klaus Kinner**

'Ich bin kein weltflüchtiger Zigeuner' – Legende und Wirklichkeit einer Jugend? Über die frühen Prägungen Ernst Thälmanns

**Regina Scheer**

Thälmann und der Stalinismus: Das Ende des eigenständigen deutschen Parteikommunismus 1928/1929

**Klaus Kinner**

Die Berichte der Thälmann-Kuriere

**Annette Leo**

Realsozialistische Schönschrift

**Egon Grübel**

Thälmann? Film und Wirklichkeit

**Erich Wollenberg**

Ernst Thälmann und der DDR-Antifaschismus im Film der fünfziger Jahre

**Detlef Kannapin**

Die Konstruktion eines Idols? Darstellungen Ernst Thälmanns in der Kunst der SBZ/DDR

**Martin Schönfeld**

Ein Denkmal für Ernst Thälmann

**Peter Monteath**

## Einladung zur Podiumsdiskussion

# Ein Gedenkzeichen für Erich Nelhans

Annäherung an die Biographie eines zweifach Verfolgten

**Donnerstag, 14. Dezember 2000**

um 19 Uhr

im **Quartier 73**

Schönhauser Allee 73, 2. HH, Mime-Zentrum Berlin

U-/S-Bahnhof Schönhauser Allee

### Diskussionsteilnehmer:

**Dr. Werner Rosenthal**, Großneffe von Erich Nelhans (angefragt)

**Dr. Annette Kaminski**, Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Dr. Hermann Simon**, Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum (angefragt)

**Martin Schönfeld**, Büro für Kunst im öffentlichen Raum des BBK Berlins

**Dr. Ulrike Offenberg**, Historikerin (angefragt)

**Andreas Förster**, Berliner Zeitung (angefragt)

**Moderation:** Dr. Annette Leo, Publizistin und Vorstandsmitglied des Vereins Aktives Museum

Am 4. August 1948 wird Erich Nelhans von einem sowjetischen Militärgericht zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits seit über einem Jahr im Speziallager Sachsenhausen inhaftiert. Dem Überlebenden der Shoa und ersten Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin nach 1945 wird antisowjetische Agitation, die Gründung der jüdischen Gemeinde sowie die illegale Verschickung jüdischer Bürger über amerikanische Lager nach Palästina und Amerika vorgeworfen. Anfang der 1950er Jahre verlieren sich seine Spuren in sowjetischer Haft, 1953 wird als Todesjahr vermutet. Am 24. September 1997 hebt ein russisches Militärgericht das Urteil gegen Erich Nelhans auf und rehabilitiert ihn. Nur wenig ist bis heute über das Schicksal von Erich Nelhans bekannt. Seine Großneffen setzen sich seit Jahren für eine Ehrung in Berlin ein und fordern mit dieser Initiative ein sichtbares Gedenken an dieses Opfer des Stalinismus in der Stadt.

Die Podiumsdiskussion soll dazu dienen, aus unterschiedlichen Blickwinkeln ein Bild der Person Nelhans zu zeichnen, die zeitgeschichtlichen Umstände im Nachkriegsberlin zu problematisieren und die von der Bezirksverordnetenversammlung und dem Bezirksamt Prenzlauer Berg beschlossene Ehrung öffentlich zu begleiten.

**Veranstalter:** Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand, Tel. 2815198  
Kulturamt / Prenzlauer Berg Museum, Tel. 42401097  
Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur